

RT DE: News, Analyse und Meinung

Artikel der Woche, 20.09.–26.09.2024

Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse	13
Meinung	28

News

Massive Explosionen im russischen Munitionslager in Toropez – was ist geschehen?

<https://freedert.online/europa/219876-massive-explosionen-im-russischen-munitionslager-was-ist-geschehen/>

20.09.2024

Unbekannte Waffen schlugen in der Nacht zum Mittwoch auf das große Munitionslager der russischen Armee nahe der Stadt Toropez ein. Die darauffolgende Großexplosion ähnelte einem Atompilz. Über das Ausmaß der Schäden wird in Russland noch gemutmaß.

In der Nacht zum Mittwoch gelang es dem Gegner, große Teile eines Munitionslagers in der Nähe der Stadt Toropez im russischen Gebiet Twer nordwestlich von Moskau in die Luft zu jagen. Offizielle Bestätigung für den Angriff und seine Folgen gab es vonseiten des russischen Verteidigungsministeriums nicht. Die örtlichen Behörden meldeten einen Schaden infolge eines abgeschossenen Trümmerteils einer ukrainischen Drohne und ordneten die Evakuierung der Bevölkerung an. Die Stadt zählt etwa 10.000 Einwohner.

Westliche Medien gehen mit Verweis auf Militärexperten des Middlebury Institute of International Studies in US-Staat Kalifornien von einer Explosion mit der Detonation von 200 bis 240 Tonnen Sprengstoff aus. Laut Newsweek waren bis Mittwochnachmittag etwa 30.000 Tonnen Granaten explodiert. Die ukrainischen Behörden feiern den Angriff als bislang größten Erfolg ihrer Spezialeinheiten. Über die Art und Weise der für den Angriff eingesetzten Waffe ist bisher nichts

Weiteres bekannt.

Die Explosionen wurden von verschiedenen Social-Media-Nutzern dokumentiert und kommentiert. Ein nicht verifiziertes Augenzeugenvideo hat die nächtliche Explosion festgehalten.

Die folgenden Berichte und Einschätzungen basieren auf inoffiziellen Quellen. Das im EU-Gebiet gesperrte russische Nachrichtenportal *Tsargrad* hat sie in einem Artikel zusammengefasst.

Nach Aussagen von Einwohnern aus Toropez wurden fast alle Gebäude, sowohl Wohn- als auch Verwaltungsgebäude, in der Stadt und den umliegenden Dörfern beschädigt. In vielen Gebäuden war das gesamte Glas zerbrochen und die Fensterrahmen herausgeflogen. In einem Haus war sogar die vordere Metalltür verbogen, und alles war mit Schrapnellen durchsetzt. So beschreibt eine Anwohnerin, deren Mann verletzt wurde, das Geschehen:

"Die Druckwelle zertrümmerte den Balkon im Schlafzimmer. Es flogen Granatsplitter, von denen einer das Bein meines Mannes traf. Er stand vom Boden auf und bekam noch ein paar Splitter in seinen Fuß. Es war verrückt: keine Fenster. Mein Ehemann kann kaum noch laufen."

Satellitenbildern zufolge erstreckte sich das Feuer nach dem Einschlag über die gesamte Fläche des Lagerhauses, also etwa fünf Quadratkilometer. Die Granaten detonierten mit solcher Wucht, dass seismische Sensoren Dutzende Erschütterungen registrierten, von denen die stärkste eine Stärke von 2,8 hatte, berichtete *Tsargrad*.

Die Menschen spürten das von Menschen verursachte Erdbeben mehrere Stunden hintereinander. Nach Angaben der örtlichen Behörden wurden insgesamt zwanzig Menschen verletzt. Seit Mittwochnachmittag können die evakuierten Einwohner in die Stadt zurückkehren.

Das Munitionsdepot bei Toropez war im Jahr 2018 modernisiert worden und galt als gut geschützt gegen die Luftangriffe. Mehrere russische Militärblogger warfen nach dem Angriff den Militärbehörden Schlamperei und Korruption beim Bau vor.

Satellitenaufnahmen des US-Unternehmens Maxar, die nach der Auflösung des Rauchs gemacht worden sind, zeigen jedoch, dass der Großteil der Betonbauten auf dem Lagergelände intakt geblieben ist. Zur Explosion gekommen sind offenbar nicht ordnungsgemäß gelagerte Munitionsbestände.

Der Militärexperte Boris Roschin (Colonelcassad) schrieb auf seinem Telegram-Kanal dazu:

"Ein weiteres Satellitenbild von Lagerhäusern in Toropez. Charakteristische Spuren von Detonationen oder Bränden sind deutlich zu erkennen. Einige der Lagerhäuser haben überlebt, aber die Verluste an Ausrüstung sind beträchtlich. Dank der aktiven Satellitenaufklärung hat der Feind keine besonderen Probleme mit der objektiven Kontrolle der Angriffe".

Der Autor des Telegramkanals "Militärtechnik" gab ebenfalls einen Kommentar dazu ab:

"Die veröffentlichten Bilder von feindlichen Satelliten zeigen deutlich, dass ein wesentlicher Teil des Toropez-Lagers dank der unterirdischen Lagereinrichtungen, die der Kaskadendetonation standhielten, überlebt hat. Der Schaden ist natürlich erheblich, aber nicht tödlich".

* * *

New York: Baerbock attackiert in Rede vor UN-Sicherheitsrat russische Delegation

<https://freedert.online/inland/220377-baerbock-putin-kann-sich-hinter/>

27.09.2024

Außenministerin Baerbock attackierte verbal in New York bei ihrer Rede vor dem Sicherheitsrat die russische Delegation. In der "emotional" vorgetragenen Rede baute sie ihre Argumentation zur Unterstützung der Ukraine rein am Beispiel durch Russland "entführter Kinder" auf.

Zum 79. Mal treffen sich seit Dienstag Staats- und Regierungschefs, Ministerinnen und Minister aus aller Welt zur Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York. Bei einer Sondersitzung des UN-Sicherheitsrats hielt auch die deutsche Außenministerin eine knapp zehnminütige Rede.

Baerbock begann ihre verbal eher konfrontativ vorgetragene Rede mit dem subjektiven Blick auf die Ereignisse ab dem Februar 2022. Die Außenministerin wörtlich (ab 02.35.00):

"Vor 943 Tagen begann Russland mit einer groß angelegten Aggression gegen die Ukraine. 943 Tage des Leidens. 943 Tage vergewaltigte Frauen in Butscha, gefolterte Menschen in der Ost-Ukraine und von Kindern, die deportiert wurden. Und wie wir es heute hier gehört haben, ist dies unbestreitbar."

Baerbock bezog sich in diesem Abschnitt auf die Aussage des polnischen Diplomaten in seiner Rede. Die Grünen-Politikerin nannte dann erneut die Zahl von 20.000 "entführten Kindern", die laut Kiewer Angaben im Vorjahr seitens Moskau "aus frontnahen Gebieten auf die Krim und nach Russland gebracht wurden", wie das RND im September 2023 berichtete. Baerbock erklärte weiter in ihrer Rede, in gefürchtigem Duktus:

"Wir als europäische Nachbarn, wir als Deutsche, mein Land, was wir von unseren polnischen Freunden gehört haben, das für das schlimmste Verbrechen auf dem europäischen Kontinent verantwortlich war, die das Glück haben, wieder in Frieden zu leben, meine Generation, wieder in Frieden zu leben, weil andere für uns da waren, andere europäische Freunde und Partner. Dass mein Land in Frieden leben kann, wiedervereinigt, in der Mitte Europas."

Sie hätte "Bitten" erfahren von Kollegen, die sie aufgefordert hätten, "dies alles" – Geschilderte – zu ignorieren und die Unterstützung der Ukraine zu beenden, dies sei jedoch laut Baerbock nicht möglich, um wörtlich weiter auszuführen:

"Wir können das nicht tun, weil mein Land sich verpflichtet hat, immer für die Grundsätze dieser Vereinigten Nation einzutreten."

Die Ukraine-Unterstützung würde erst enden, "wenn alle Kinder wieder bei ihren Familien sind", so wie sie es im September 2023 einem ukrainischen "befreiten" Mädchen versprochen hätte.

Baerbock beendet diesen Abschnitt mit der wörtlichen Erklärung:

"Und ja, die Russische Föderation, der Botschafter, der immer den Raum verlässt, nachdem er hier gesprochen hat, das habe ich schon ein paar Mal erlebt."

Sie können sich selbst täuschen, der stärkste Mann ihres Landes, kann sich hinter jugendlichen Mädchen verstecken, die er entführt hat, aber sie können nicht die Welt täuschen."

Baerbock erklärte final, die russische Seite hätte bereits am 21. September ihr ablehnendes Gesicht gezeigt, als die jüngsten UN-Charta Beschlüsse, laut Baerbock "ein Durchbruch", via X-Posting kritisiert wurden und dabei die Begrifflichkeit "Dschungel" benutzt wurde. So heißt es in dem X-Beitrag:

"Leider gibt es mit der heutigen Annahme des #pactofthefuture durch die UNO nichts zu feiern. Die UNO hat ihre eigenen Prinzipien mit Füßen getreten, um einer Gruppe von Delegationen aus dem 'schönen Garten' zu gefallen, die die Verhandlungen von Anfang an an sich gerissen haben. Und die Mehrheit aus dem 'Dschungel' hatte wie eine Herde einfach nicht den Mut, zu protestieren und für ihre Rechte einzustehen."

Baerbock erläuterte, dass das X-Posting der Welt gezeigt hätte, "die Täuschung der Welt, passierte genau dort, als Russland uns an einem Durchbruch [bei den UN-Gesprächsergebnissen] hindern wollte".

Die russischen Bombardierungen des ukrainischen Energiesektors würden zudem ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" darstellen, so die Außenministerin. Zuletzt behauptete Baerbock vor den Anwesenden, dass der ukrainische Präsident Wladimir Putin im Sommer dieses Jahres zu Gesprächen eingeladen hätte, die dieser jedoch abgelehnt und stattdessen "mit einer neuen Stufe der Aggression" reagiert hätte.

Diese Darstellung bezieht sich auf ein BCC-Interview mit Selenskij im August, in dem dieser erklärte, dass er prinzipiell für Gespräche mit russischen Vertretern auf einem neuen Friedensgipfel offen sei und wörtlich: "Und ob das Putin sein wird oder nicht, macht keinen Unterschied".

Baerbock erklärte abschließend, dass für sie Frieden bedeute, dass "die Existenz der Ukraine als freies und unabhängiges Land garantiert sei, mit Sicherheitsgarantien". Sie fügte hinzu:

"Wenn wir über Frieden sprechen, bedeutet das für die Ukraine, dass sie sicher sein kann, dass das Ende der Kämpfe nicht eine weitere Runde von Vorbereitungen in Russland bedeutet."

Dies betreffe sowohl die Ukraine als auch Moldau oder Polen. Frieden müsse gerecht und dauerhaft sein.

* * *

Weitere Munitionslager in russischen Gebieten Twer und Krasnodar angegriffen

<https://freedert.online/europa/219965-munitionslager-im-russischen-hinterland-angegriffen-gebiete-twer-krasnodar-betroffen/>

21.09.2024

Erneut haben die ukrainischen Streitkräfte größere Munitionsdepots weit hinter der Frontlinie angegriffen. Videos aus den Gebieten Twer und Krasnodar kursieren im Netz und dokumentieren riesige Explosionen, die über mehrere Stunden andauerten.

In der vergangenen Nacht haben ukrainische Verbände einen weiteren massiven Drohnenangriff auf

die Regionen im russischen Hinterland gestartet. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums hat die Luftabwehr mehr als 100 Drohnen abgefangen. Eines der Ziele des feindlichen Angriffs war ein Munitionsdepot auf dem Gelände einer Militäreinheit in der Nähe der Stadt Tichorezk in der Region Krasnodar, berichtet der Telegram-Kanal für Militäranalysen Rybar. Wie im Fall von Toropez (*RT DE* berichtete) meldeten die regionalen Behörden erneut den Fall von Munitionstrümmern sowie das daraus resultierende Feuer und die Detonation von Sprengkörpern.

Dennoch kursierten in den Medien bereits Aufnahmen einer starken Explosion mit den charakteristischen Geräuschen einer Sekundärdetonation – der Angriff fand in der Nacht statt. Vor dem Hintergrund des Vorfalls wurde ein nahe gelegenes Dorf evakuiert. Laut weiteren Videos, die ukrainische Medien posteten, dauerten die Kaskadendetonationen über mehrere Stunden auch zur Tageszeit an. Die Folgen des Angriffs werden jedoch erst nach der Veröffentlichung von Satellitenbildern beim rauchfreien Himmel deutlich werden.

Auch im Gebiet Twer griffen ukrainische Drohnen das 23. GRAU-Arsenal in der Nähe des Dorfes Oktyabrsky an, das weniger als 20 Kilometer südlich von Toropez liegt. Den Wärmesignaturen von Satelliten zufolge brach auf dem Gelände ein Feuer aus. Vor dem Hintergrund des Vorfalls wurde berichtet, dass der südlich gelegene Bahnhof Staraja Toropa evakuiert wurde: Mehrere Personenzüge wurden gestrichen, während andere auf eine alternative Route geschickt wurden.

Ukrainische Medien behaupten, dass bei Oktyabrsky eine Kampfeinheit mit atomar bestückten Raketen des Typs "Sarmat" angegriffen wurde. Diese Information ist wenig vertrauenswürdig, aber bezeichnend. Sie zeigt, dass die ukrainische Seite zumindest bereit ist, bei ihren Angriffen Atomkriegsgefahr in Kauf zu nehmen.

Offenbar waren, wie auch bei dem verheerenden Angriff auf das Toropez-Lager, auch bei Tichorezk einige Lagerbestände nicht ordnungsgemäß eingelagert. Darauf wies der russische Politikexperte Oleg Zarjow auf seinem Telegram-Kanal hin. Er postete Satellitenbilder des US-amerikanischen Analyseinstituts CSIS von Februar, auf dem unbedeckte Container zu sehen waren. Laut CSIS waren in diesem Depot Geschosse aus Nordkorea zwischengelagert.

"Ich möchte darauf hinweisen, wie viele Kisten mit Granaten unter freiem Himmel standen. Nicht in Bunkern", schrieb Zarjow. Auch das russische Nachrichtenportal *Tsargrad* kritisiert Schlampigkeit. Nicht nur die Brände in den Depots bei Toropez und Tichorezk an sich sorgten für "ziemlichen Unmut in der Gesellschaft", sondern noch mehr die Tatsache, dass die Granaten in diesen Lagern unter freiem Himmel gelagert würden.

Über das Ausmaß der Brände in den Munitionslagern geben auch Temperaturkarten Aufschluss. Der russische Politblogger Sergei Koljasnikow postete auf Telegram die Karten der Stadt Tichorezk und ihrer Umgebung von der NASA und der russischen Agentur Aerocosmos. Er wies darauf hin, dass man vor den feindlichen Satelliten nichts verheimlichen könne, wobei militärische Karten noch detailliertere Karten lieferten.

Auf den Karten waren gleich mehrere, um einige Kilometer voneinander entfernte Brandherde zu sehen. Dies kann ein Beleg dafür sein, dass gleich mehrere Drohnen ihre Ziele getroffen haben.

Unterdessen rücken die russischen Kräfte an der gesamten Frontlinie vor allem auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik vor. Jeden Tag werden Vorstöße und kleinere Geländegewinne gemeldet. Auch die Angriffe auf ukrainische Munitionslager, Nachschubtransporte und Kommandozentralen lassen nicht nach. Laut russischen militärnahen Bloggern wurde bei einem der Luftschläge der Zalischny-Vertraute Oberstleutnant Marchuk getötet.

* * *

In eigener Sache: Wieder neue Spiegelseiten für RT DE

<https://freedert.online/inland/220328-in-eigener-sache-wieder-neue/>

24.09.2024

Die Zensurbemühungen um RT DE halten an. Im Rahmen der jüngsten Sanktionen blockieren große Internetprovider in Deutschland wieder verstärkt unsere Inhalte. Doch nun gibt es neue Möglichkeiten, diese Störversuche zu umgehen und RT DE weiterhin zu erreichen.

Liebe Leser,

die Zensurbemühungen gegen *RT DE* halten an. Im Rahmen der jüngsten Sanktionen gegen *RT* bemühen sich staatliche Stellen und Telekommunikationskonzerne wieder sehr, den Zugang zu *RT DE* zu erschweren und zu verhindern.

Als Ergänzung zu den bekannten, aber zurzeit teilweise unterdrückten Spiegelseiten ("mirror pages") von *RT DE* werden wir ab sofort regelmäßig neue Adressen veröffentlichen. Heute nun die folgenden:

rtde.org

rtde.info

rtde.online

rtde.expert

Mithilfe dieser "mirror pages" sollten Sie wieder uneingeschränkten Zugang zu *RT DE* haben. Wir empfehlen, diese Adressen als Lesezeichen zu speichern.

Ebenso besteht die Möglichkeit, *RT DE* über

<https://luuul.ru>

aufzurufen.

Außerdem gibt es weiterhin zahlreiche andere Möglichkeiten, in der EU die Online-Sperren zu umgehen und trotz aller Behinderungsversuche dennoch *RT DE* zu nutzen – wir hatten diese an anderer Stelle vor kurzem aufgelistet.

Bleiben Sie uns auch weiterhin gewogen!

Ihre *RT-DE*-Redaktion

* * *

"Mathematisch schwer zu erklären" – AfD spricht von möglichen Manipulationen bei Briefwahl

<https://freedert.online/inland/220228-mathematisch-schwer-zu-erklaeren-afd/>

24.09.2024

Bei der Landtagswahl in Brandenburg schnitt die AfD unter Briefwählern deutlich schlechter ab als an der Urne. AfD-Chef Chrupalla will Manipulation nicht ausschließen. Man werde sich die Unterschiede in den Zahlen genau anschauen und Manipulationsvorwürfe prüfen.

Der AfD-Vorsitzende Tino Chrupalla hat sich am Montag auf der Pressekonferenz seiner Partei nach der Landtagswahl in Brandenburg zu den Auffälligkeiten bei den Ergebnissen der Briefwahl geäußert. Die AfD hatte laut dem vorläufigen Ergebnis 34,8 Prozent der an der Urne abgegebenen Zweitstimmen erhalten, aber nur 17,5 unter den Briefwählern. Auf eine entsprechende Frage eines Journalisten des Springerblattes *Welt* erklärte Chrupalla:

"Wir haben es auch bei dieser Wahl gesehen, dass es doch sehr große Unterschiede teilweise in einer empirischen Art der Auswertung auch gegeben hat, die auch mathematisch für einige schwer zu erklären sind. Ob der AfD-Wähler grundsätzlich nicht zur Briefwahl neigt, auch das weiß ich nicht, ob das wirklich so ist. Aber wir haben teilweise Unterschiede von 60 Prozent zur Briefwahl. Nach der reinen Urnenwahl hätte die AfD 34 Prozent bekommen bei dieser Landtagswahl."

Die Briefwahl, so Chrupalla weiter, sei manipulationsanfällig. Die meisten bisher aufgeklärten Wahlfälschungen seien über die Briefwahl erfolgt. Der AfD-Vorsitzende beklagte konkret den Umgang mit Briefwahlunterlagen vor Ort – und das Geschehen in Altersheimen:

"Auch wie die Aufbewahrung, das hab ich das letzte Mal schon gesagt, wie die Aufbewahrung von Wahlurnen und Wahlbriefunterlagen in den Rathäusern vollzogen wird, spottet teilweise jeder Beschreibung. Auch wie Wahlkampf im Übrigen in den Altersheimen gemacht wird, wie dort Parteien ein und aus gehen – außer die AfD, der der Zutritt in vielen Altersheimen, gerade was Caritas und Diakonie angeht, verwehrt wird –, auch das zeigt, dass das eine Entwicklung ist, die man beobachten sollte, zumindest auch mal kontrollieren sollte."

Chrupalla plädierte dafür, die Möglichkeit zur Briefwahl einzuschränken. Sie sollte die "absolute Ausnahme" und nur für die Wähler möglich sein, die nicht ins Wahllokal kommen könnten. Man werde sich die Unterschiede in den Zahlen nun "genau anschauen" und auch Manipulationsvorwürfe in Altenheimen prüfen.

Bei der Wahl am Sonntag wurde fast ein Drittel der abgegebenen Stimmen per Briefwahl eingereicht. Bei den Briefwählern schnitt die AfD wie erwähnt deutlich schlechter ab als an der Urne, CDU und BSW deutlich stärker.

Caritas und Diakonie wiesen die Vorwürfe der Wahlmanipulation zurück. Eine Sprecherin der Diakonie erklärte laut *Welt*, man weise den Vorwurf der "unlauteren, manipulativen Wählerbeeinflussung" grundsätzlich zurück:

"Nach unserer Kenntnis hat es keine Wahlveranstaltungen in Pflegeheimen der Diakonie im Vorfeld der Landtagswahlen gegeben, und es gab auch in den letzten Wochen keine Anfragen seitens der Parteien."

Eine Sprecherin des Deutschen Caritasverbands warf der AfD sogar "gezielte Stimmungsmache gegen die christlichen Wohlfahrtsverbände" vor. Die Warnungen der Partei vor einem Missbrauch der Briefwahl erinnerten "sehr an ähnliche Verschwörungstheorien von Donald Trump im Nachgang zur letzten Präsidentschafts-Wahl in den USA". Auch Mainstreammedien bewerten

grundsätzliche und konkrete Zweifel am Instrument der Briefwahl gern als "Verschwörungstheorien".

* * *

"Auf Druck des Regimes" – Zeitschrift Compact verliert letztes Bankkonto

<https://freedert.online/inland/220290-auf-druck-regimes-zeitschrift-compact/>

24.09.2024

Erst im August wurde das Verbot der Zeitschrift Compact gerichtlich weitgehend aufgehoben. Doch der Druck auf das Magazin hält an. Nun gab Herausgeber Jürgen Elsässer bekannt, dass seiner Zeitschrift ihr letztes Bankkonto gekündigt wurde. Er bittet die Leser um Unterstützung.

Die Zeitschrift *Compact* verliert zum 30. September ihr letztes Bankkonto. Darüber informierte *Compact*-Herausgeber und Chefredakteur Jürgen Elsässer in einem Beitrag, der am Montag auf der Seite des Magazins erschien:

"Compact verliert sein letztes Konto zum 30.9.2024. Seit Frühjahr haben wir damit insgesamt sechs Konten verloren. Versuche, bei etwa 150 weiteren Banken ein Konto zu eröffnen, blieben erfolglos."

Elsässer machte dabei ausdrücklich die Bundesregierung für die Kontokündigung verantwortlich:

"Die Banken handeln auf Druck des Regimes: Uns liegen Beweise vor, dass Abgesandte des Bundesinnenministeriums und des Verfassungsschutzes zum Teil persönlich die Banken aufgesucht haben, um die Sperrung der Compact-Konten zu erzwingen. Dieses illegale De-Banking wird von unseren Anwälten in Eilverfahren angegriffen, wir gehen damit auch vor die OSZE, aber ein kurzfristiger Erfolg ist ungewiss."

Die Zeitschrift war im Juli von Bundesinnenministerin Nancy Faeser verboten worden. Das Verbot wurde allerdings im August durch das Bundesverwaltungsgericht in weiten Teilen wieder aufgehoben. Elsässer beschreibt die Kontokündigung nun als Folge dieses juristischen Scheiterns der Regierung – und spricht von "finanzieller Kriegführung":

"Der Druck auf Compact lässt nicht nach. Nachdem Nancy Faeser mit ihrem Verbot im Eilverfahren gescheitert ist, versucht sie uns jetzt mit finanzieller Kriegführung zu strangulieren. Für uns als Firma ist die Lage ähnlich dramatisch wie in den Zeiten des Verbots."

Der *Compact*-Chef bittet in dem Beitrag um Spenden. Diese brauche man, um die nächsten Wochen zu überstehen und die nächste Ausgabe vorzufinanzieren:

"Wir sind eine solide Firma mit schwarzen Zahlen und einem starken finanziellen Polster. Aber kurzfristig sind wir trotzdem gefährdet, wenn wir wegen Kontensperrung nicht an unsere liquiden Mittel herankommen."

Nach einigen Wochen, so hofft Elsässer, werde *Compact* "dank unserer Anwälte wieder über Banken verfügen".

Die Leser bittet er um Geduld, weil es wegen des hohen Bestellaufkommens "und der Zerstörung

unseres Lagers durch die Faeser-Razzia" zu Verzögerungen komme. Vor allem bittet er sie darum, weiter zu bestellen. Alle Bestellungen und Abonnements würden samt Zahlungsabwicklung von einem externen Dienstleister abgewickelt, der von der Kontokündigung nicht betroffen sei.

* * *

CERN beendet Kooperation mit Russland: Hunderte Wissenschaftler müssen Schweiz verlassen

<https://freedert.online/schweiz/220158-cern-beendet-zusammenarbeit-mit-russland/>

23.09.2024

In Genf wird ein neues NATO-Verbindungsbüro eröffnet, während das CERN, die Europäische Organisation für Kernforschung, die Zusammenarbeit mit Russland einstellt. Bis Ende November müssen Hunderte russische Wissenschaftler die Schweiz verlassen, da das CERN plant, ihre Beteiligung an den Forschungseinrichtungen zu beenden.

Das europäische Kernforschungszentrum CERN in Genf steht vor einer tiefgreifenden Veränderung. Ab dem 1. Dezember 2024 werden Hunderte russische Wissenschaftler, die am CERN tätig waren, ihre Arbeit beenden müssen, sofern sie nicht zu Institutionen außerhalb Russlands wechseln. Dies markiert das offizielle Ende der Zusammenarbeit zwischen CERN und der Russischen Föderation.

Bereits im März 2022 hatte das CERN den Beobachterstatus Russlands suspendiert und angekündigt, alle laufenden Verträge mit Russland und Belarus nach ihrem Auslaufen nicht zu erneuern. Die Kooperation mit russischen Wissenschaftlern, die insbesondere in großen Experimenten wie dem Large Hadron Collider (LHC) eine wichtige Rolle spielten, wurde damit offiziell beendet.

Der Verlust der russischen Beteiligung stellt das CERN vor große Herausforderungen. Russische Wissenschaftler waren maßgeblich an vielen Experimenten beteiligt und trugen rund 4,5 Prozent zum Budget der LHC-Experimente bei. Hannes Jung, ein deutscher Teilchenphysiker, betonte gegenüber dem Fachmagazin *Nature*, dass dieser Verlust nur schwer auszugleichen sei und eine Lücke hinterlassen werde, die nicht einfach mit anderen Wissenschaftlern gefüllt werden könne.

Besonders gravierend wird der Wegfall der russischen Beteiligung beim geplanten Ausbau des LHC, dem sogenannten High-Luminosity-LHC, der 2029 in Betrieb gehen soll. Dieser Ausbau wird CERN durch das Ausscheiden der russischen Partner rund 42 Millionen Euro kosten.

Trotz des offiziellen Endes der Kooperation mit Russland bleibt das CERN weiterhin mit dem Joint Institute for Nuclear Research (JINR) in Dubna bei Moskau verbunden. Dieses zwischenstaatliche Institut, das von mehreren Ländern, darunter auch Russland, finanziert wird, bleibt Teil des wissenschaftlichen Netzwerks von CERN. Allerdings stammen rund 80 Prozent der JINR-Finanzierung aus russischen Mitteln, was bei ukrainischen Unterstützern Bedenken ausgelöst hat.

Besonders ukrainische Wissenschaftler wie Borys Grynyov, der die Ukraine im CERN-Rat vertritt, kritisieren die fortgesetzte Zusammenarbeit mit dem JINR scharf. Sie befürchten, dass Russland weiterhin Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen und Technologien erhält, die möglicherweise militärisch genutzt werden könnten. Grynyov weist darauf hin, dass einige Forschungsergebnisse des JINR Anwendungen im militärischen Bereich haben könnten, wie etwa die Entwicklung von Drohnentechnologien.

Die Entscheidung, russische Wissenschaftler auszuschließen, verdeutlicht den wachsenden Druck seitens der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) und der Europäischen Union (EU) auf die

Schweiz. CERN wurde 1955 gegründet, um internationale wissenschaftliche Kooperationen zu fördern und den Frieden durch den Austausch von Wissen zu stärken, wobei die neutrale Schweiz als Standort gewählt wurde, um die besten Köpfe der Welt zu vereinen. Doch der Einfluss von NATO und EU stellt nun die Grundprinzipien der Schweizer Neutralität auf eine harte Probe.

Einerseits gibt es Forscher, die betonen, dass wissenschaftliche Zusammenarbeit unabhängig von politischen Konflikten fortgesetzt werden sollte. Andererseits wird argumentiert, dass der Druck von Lobbyisten der NATO und der EU die Finanzierung von CERN-Projekten gefährde, was die Situation unhaltbar mache. Die Entscheidung, russische Wissenschaftler auszuschließen, wird symbolisch als Unterstützung des Regimes von Wladimir Selenskij interpretiert.

Sowohl wissenschaftlich als auch finanziell wird der Verlust russischer Expertise und Mittel deutlich spürbar sein. Während sich das CERN bemüht, diese Lücken zu füllen, bleibt der Bruch ein schwerer Schlag für die internationale wissenschaftliche Kooperation, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Mittel zur Förderung des Friedens gedacht war.

Trotz dieser Spannungen und Verluste wird das CERN weiterhin bestrebt sein, seine wissenschaftlichen Ziele zu verfolgen und den internationalen Austausch zu fördern, auch wenn die politische Realität in Europa diesen Prozess erheblich erschwert.

Die NATO plant, noch in diesem Jahr ein Verbindungsbüro in Genf zu eröffnen, das mit der UNO und internationalen Organisationen zusammenarbeiten soll, ähnlich wie es bereits in New York und Wien der Fall ist. Der Schweizer Bundesrat und die NATO haben dem Vorhaben bereits zugestimmt.

* * *

Lang und Nouripour geben auf: Parteispitze der Grünen tritt zurück

<https://freedert.online/inland/220389-lang-und-nouripour-geben-auf-parteispitze-der-gruenen-tritt-zurueck/>

25.09.2024

Auf einer Pressekonferenz am Mittwochvormittag bestätigte die Grünen-Parteispitze Berichte über den Rücktritt des gesamten Bundesvorstands.

Die beiden Parteivorsitzenden der Grünen, Omid Nouripour und Ricarda Lang, sind zurückgetreten. Auslöser für die Entscheidung sind offenbar die jüngsten Wahlpleiten in Thüringen, Sachsen und Brandenburg.

Über die Nachfolge ist noch nichts Konkretes bekannt. Als mögliche Nachfolger an der Parteispitze nennt das Portal *Table.Media* Franziska Brantner, aktuell Staatssekretärin von Wirtschaftsminister Robert Habeck, sowie Felix Banaszak, Bundestagsabgeordneter und Ex-Chef der Grünen Jugend. Der Spiegel nennt zudem Andreas Audretsch, seit Mai 2022 stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, als potenziellen Kandidaten.

Lang und Nouripour waren Ende Januar 2022 zu Co-Vorsitzenden gewählt worden. Auf der einberufenen Pressekonferenz am Mittwochvormittag teilte der Co-Parteichef Omid Nouripour einleitend mit:

"Wir sind zum Ergebnis gekommen: Es braucht einen Neustart."

Nouripour verkündete dann den Rücktritt des gesamten Bundesvorstands.

Laut dem Grünen-Politiker sei das Brandenburger Wahlergebnis "die größte Krise unserer Partei" gewesen.

Die Co-Vorsitzende Ricarda Lang fügte hinzu:

"Es ist nicht Zeit am eigenen Stuhl zu kleben. Wir übernehmen Verantwortung, indem wir einen Neustart ermöglichen (...) Es braucht neue Gesichter."

Es brauche eine neue strategische Aufstellung der Partei, führte Lang aus. Und weiter:

"Der gesamte Bundesvorstand legt mit Wirkung zum Parteitag in Wiesbaden sein Amt nieder, und bis dahin führen wir die Geschäfte."

Im Rahmen eines persönlichen X-Postings erklärte Lang zu ihrem Rücktritt:

"Unsere Partei hat uns das Vertrauen ausgesprochen, sie als Vorsitzende zu führen – das ist Ehre, Privileg und Verpflichtung zur Verantwortung zugleich. Die Verantwortung, im besten Sinne der Partei zu handeln, übernehmen wir. Deswegen lege ich zum Parteitag mein Amt nieder."

Aus der Partei gab es erste Reaktionen. Britta Hasselmann, Vorsitzende der Bundestagsfraktion, kommentierte die Entscheidung via X-Posting:

"Danke für alles. Für Vertrauen & Teamwork & Eure Arbeit in den letzten Jahren. Wir haben großen Respekt vor Eurer Entscheidung und der des Bundesvorstands, die Partei für kommende Wahlkämpfe neu aufzustellen."

Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Katharina Dröge bedankte sich ebenfalls bei der bisherigen Parteispitze.

Nouripour veröffentlichte nach der Pressekonferenz ein X-Videostatement.

Die jüngsten Wahlergebnisse unter Führung des Duos Nouripour und Lang bedeuteten für die Partei enttäuschende 4,1 Prozent in Brandenburg (Minus 6,6 Prozent), zuvor in Sachsen bescheidene 5,1 Prozent und in Thüringen katastrophale 3,2 Prozent.

* * *

Schwere Schlappe für Habeck: Norwegen stoppt Bau der Wasserstoffpipeline nach Deutschland

<https://freedert.online/inland/220026-schwere-schlappe-fuer-habeck-norwegen-steigt-aus-wasserstoffpipeline-aus/>

22.09.2024

"Schmutziges russisches Erdgas" wollte der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck durch "sauberen Wasserstoff" aus Norwegen ersetzen, dies noch vor der russischen Intervention in der Ukraine. Dieser Plan ist nun gescheitert: Die Norweger steigen aus dem im Januar 2022 vereinbarten Projekt aus.

Der norwegische Energiekonzern Equinor hat sich aus dem deutsch-norwegischen Projekt einer Offshore-Pipeline für Wasserstoff nach Deutschland verabschiedet, und bringt damit die Pläne des

Ministeriums von Robert Habeck zum Scheitern.

Mit Wasserstoff aus Norwegen wollte das "Wirtschafts- und Klimaschutzministerium" in Berlin russisches Erdgas im Energiemix Deutschlands ersetzen. Die Absichtserklärung dafür wurde noch vor der militärischen Intervention Russlands in den ukrainischen Bürgerkrieg unterzeichnet, nämlich im Januar 2022. Beabsichtigt war die Erzeugung von Wasserstoff aus norwegischem Erdgas in Kombination mit "CO₂-Abscheidung und -Speicherung".

Propagandistisch verkauft wurde dies als "blauer Wasserstoff". Der angeblich klimaneutrale Kraftstoff sollte über die weltweit erste Offshore-Wasserstoffpipeline zu wasserstofffähigen Gaskraftwerken in Deutschland transportiert werden.

Equinor erklärte am Freitag, dass es die Pläne aufgebe, weil der Export zu teuer sei und die Nachfrage nicht ausreiche. Wörtlich sagte Equinor-Sprecher Magnus Frantzen Eidsvold:

"Die Wasserstoff-Pipeline hat sich als nicht durchführbar erwiesen. Das bedeutet auch, dass die Pläne zur Wasserstoffproduktion ebenfalls auf Eis gelegt werden. Wir haben beschlossen, dieses Projekt in der frühen Phase abubrechen."

Die *Berliner Zeitung* berichtet in ihrer Wochenendausgabe, in Berlin sei man von dem Ausstieg der Norweger überrascht gewesen. Eine mit der Angelegenheit vertraute Person sagte, dass selbst Habeck von dem Anruf am Freitag sehr überrascht gewesen sei. Erst im vergangenen Jahr hatte er mit Norwegens Ministerpräsident Jonas Gahr Støre eine Erklärung über eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und Klima und insbesondere im Bereich Wasserstoff unterzeichnet.

Den Recherchen der Zeitung zufolge hätte die Pipeline rund drei Milliarden Euro, das Gesamtprojekt zehn Milliarden Euro gekostet.

* * *

Analyse

"Daily Mail" zu Kriegsvorbereitungen: NATO bereitet sich auf "gigantische" Verletztenzahlen vor

<https://freedert.online/europa/220467-daily-mail-zu-kriegsvorbereitungen-nato/>

25.09.2024

Die Vorbereitungen auf einen Krieg der NATO gegen Russland sind nicht mehr zu übersehen. Am Mittwoch berichtete die britische Presse über einzelne Aspekte dieser Vorbereitungen. Was aus den Berichten auch hervorgeht: London und Washington planen, in zwei bis drei Jahren die Kontinentaleuropäer vorzuschicken.

Von Alexej Danckwardt

Die britische *Daily Mail* berichtet am Mittwoch über aktuelle Vorbereitungen des westlichen Militärbündnisses NATO auf einen dritten Weltkrieg. Unter Berufung auf einen hochrangigen NATO-General schildert die Zeitung Pläne für Massenevakuierungen und Rettungsmaßnahmen für den Fall eines künftigen Krieges gegen Russland.

Der Offizier, mit dem der Autor des Berichts diese Woche gesprochen hat, heißt Generalleutnant Alexander Sollfrank, ist Deutscher und Leiter des NATO-Logistikkommandos. Er bestätigte der Zeitung, dass das Militärbündnis daran arbeitet, sicherzustellen, dass es in der Lage ist, eine große Zahl verwundeter Soldaten von der Front zu evakuieren.

Der deutsche General warnte, dass die NATO im Gegensatz zu den Erfahrungen der Verbündeten in Afghanistan und im Irak in einem "totalen Krieg" mit Russland wahrscheinlich schwere Verluste auf einem riesigen Schlachtfeld erleiden würde.

Hinzu komme, sagt Sollfrank laut *Daily Mail*, dass die russische Luftwaffe und die "gerühmten Raketen- und Flugkörperbestände" bedeuten, dass medizinische Evakuierungen per Flugzeug zu riskant wären. Dieser Faktor werde die NATO-Truppen dazu zwingen, die aus dem Ersten Weltkrieg bekannten "Lazarettzüge" einzusetzen, um die Verwundeten massenhaft abzutransportieren. Aber auch Busse kämen für den Verwundetentransport infrage.

Die Herausforderung werde darin bestehen, schnell eine qualitativ hochwertige Versorgung für eine große Zahl von Verwundeten zu gewährleisten, ergänzte der General. Der britische Journalist und Autor des Artikels behauptet, dass das deutsche Militär davon ausgehe, Russland werde "bereits 2029" in der Lage sein, ein NATO-Land anzugreifen. Eine Quelle für diese Behauptung nennt die *Daily Mail* allerdings nicht.

In einem anderen Artikel vom selben Tag verrät die Zeitung auch die Strategie der NATO: Es müsse jetzt, heißt es darin, alles dafür getan werden, damit die Ukraine noch zwei bis drei Jahre gegen Russland kämpft. Diese Zeit werde benötigt, um die Arsenale der NATO-Armeen mit neuen Waffen auszustatten und aufzustocken.

Großbritannien selbst versucht derweil, sich selbst mit einem "eleganten Trick" aus der Affäre zu "stehlen". Während die Kontinentaleuropäer in den besagten zwei bis drei Jahren kriegsbereit sein werden und sollen, benötige das Vereinigte Königreich dafür mehr Zeit: Der ehemalige Chef der britischen Armee, General Sir Patrick Sanders warnt bereits, dass die britischen Streitkräfte derzeit

nicht über die Fähigkeit verfügen, einen langwierigen bewaffneten Konflikt aufrechtzuerhalten. Ein heißer Krieg mit Russland sei zwar "nicht unvermeidlich", werde aber wahrscheinlicher, wenn das Vereinigte Königreich und seine Verbündeten es versäumten, "die Bedrohungen und Lücken in unseren Fähigkeiten zu beseitigen" und deutlich aufzurüsten.

Schätzungen zufolge habe das Vereinigte Königreich "zwischen fünf und zehn Jahren Zeit, bevor Russland sich rekapitalisiert und in der Lage ist, eine ähnliche Bedrohung darzustellen wie vor dem Ukraine-Krieg", so der General. Gegenüber der *Times* sagte er, dass jetzt wichtige Schritte unternommen werden müssten, darunter die Modernisierung der Streitkräfte und die Verbesserung der "Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft und des Vereinigten Königreichs".

Mit anderen Worten: In zwei bis drei Jahren, wenn die Ukraine endgültig ausgeblutet ist, planen Washington und London, die Kontinentaleuropäer in den Krieg gegen Russland zu werfen. Sie selbst werden dabei zusehen, wie verwundete Deutsche, Franzosen und Polen mit Zügen und Bussen von der Ostfront evakuiert werden, und parallel in aller Ruhe aufrüsten. Wenn Europäer und Russen sich gegenseitig aufgerieben haben, setzen Amerikaner und Briten über den Ärmelkanal über und marschieren bis nach Wladiwostok durch. So sieht der angloamerikanische Plan offensichtlich aus, zumindest derjenige Londons.

* * *

Explosionen im 107. Arsenal in Toropez: Wie groß ist die Verwüstung und was sagen uns die Bilder?

<https://freedert.online/international/219979-explosionen-im-107-arsenal-in-toropez-wie-gro%C3%9F-die-verwuestung-was-sagen-uns-die-bilder/>

22.09.2024

In der Nacht zum Mittwoch wurde das große Munitionsdepot in Toropez, bekannt als 107. Arsenal, massiv angegriffen. Im Internet tauchen nach und nach verschiedene Versionen des Geschehens auf, die man natürlich prüfen sollte – eine Bildanalyse des Telegram-Kanals "Militärchronik".

Fangen wir mit dem Einfachsten an. Wer hat die Satellitenbilder des großen Munitionsdepots in Toropez im Gebiet Twer veröffentlicht? Sie erschienen zuerst auf dem X-Account eines Journalisten der britischen Wirtschaftszeitung *Financial Times*, Christopher Miller. Miller ist für seine offene (und das ist wichtig) proukrainische Position bekannt, sodass das Auftauchen solcher Informationen durch westliche Journalisten im Allgemeinen viel über das Geschehen aussagt.

Mit diesen Bildern begannen wir unsere Untersuchung der Folgen des Brandes, indem wir mehrere Bilder übereinanderlegten.

Es ist wichtig anzumerken, dass während des gesamten russisch-ukrainischen Konflikts Satellitenbilder normalerweise nicht veröffentlicht werden. Der exklusive Zugang zu ihnen wird zunächst offen proukrainischen Journalisten und Publikationen gewährt. Und sie veröffentlichen die Bilder mit ihren tendenziösen Kommentaren und im "richtigen" Ton.

Es ist völlig undurchsichtig, wie diese Fotos übermittelt werden. Es ist nicht klar, ob alle Fotos veröffentlicht werden, das Aufnahmedatum ist oft unklar, und es ist noch unklarer, ob an diesen Fotos irgendwelche Änderungen vorgenommen wurden.

Was haben wir recherchiert? Bei der Untersuchung des verfügbaren Bildmaterials haben wir versucht, ein paar einfache Dinge zu verstehen. Erstens, wie viel Prozent des 107. Arsenals zerstört

und welche Lagereinrichtungen beschädigt worden waren. Zweitens fragten wir uns, auf der Grundlage welcher Daten die westliche Expertengemeinschaft (gefolgt von russischen Telegram-Kanälen) die Anlage als "vollständig zerstört" bezeichnet.

Was ist uns aufgefallen? Nachdem wir die Bilder in guter Qualität studiert haben, können wir zuverlässig zwei Dinge sagen. Erstens: Das Feuer und die Folgen des Geschehens haben den westlichen und nordwestlichen Teil der Anlage beschädigt, die vor vielen Jahren gebaut wurde. Dort befinden sich die Freiflächen, und dort verlaufen die Eisenbahnlinien. Zweitens: Ausländische Experten (sowohl solche, die es sind, als auch solche, die sich so nennen) schreiben aktiv, dass auch die "neuen" Gebäude beschädigt worden seien. An diesem Punkt beginnt der Prozess der Manipulation der Darstellung von Informationen.

Diese Datei, die über westliche Quellen verbreitet wurde, zeigt die angebliche Zerstörung von Lagereinrichtungen in den "alten" und "neuen" Teilen des 107. Arsenal. Die hier markierten Punkte sind angebliche Verbrennungszentren.

Es scheint offensichtlich. Wenn es brennt, muss es explodiert sein. Aber nein. Auf einem anderen Foto der Gebäude in "Zone B" – dem neuen Teil des 107. Arsenal, der vor einigen Jahren in Betrieb genommen wurde – ist zu sehen, dass einige Hangars (vermutlich vier oder fünf) getroffen wurden, aber die Sicherheit der übrigen bestätigt die Schlussfolgerungen, dass die Anlage als Ganzes stabil geblieben ist.

Bei der Zählung der beschädigten oder zerstörten Gebäude auf dem Gelände des Arsenal kommen zahlreiche, meist westliche OSINT-Experten zu dem Schluss, dass "die Löcher im Dach des Gebäudes bedeuten, dass dort Granaten eingeschlagen sind".

Normalerweise gehen wir davon aus, dass, wenn ein Gebäude durch eine große Anzahl von Granaten (selbst zehn, geschweige denn Hunderte) explodiert, nur Qualm und Staub übrig bleiben. Gleichzeitig beeilten sich wieder proukrainische Blogger (allerdings sind sie nicht die einzigen), einige beschädigte Gebäude auf der Bildfläche zu zeichnen, deren Beschädigung (ganz zu schweigen von der Zerstörung) zumindest Fragen aufwirft.

Das ist ihnen schon mehr als einmal passiert. Letztes Jahr, unmittelbar nach der ukrainischen Gegenoffensive, zeichneten dieselben Experten mit Photoshop vermeintlich getroffenes Material der russischen Streitkräfte auf die Felder, um anschließend solche Nachrichten in die sozialen Netzwerke hochzuladen.

Was bedeutet das alles?

Das Erste und Wichtigste ist, dass das Feuer die Anlage tatsächlich beschädigt hat. Da die veröffentlichten Informationen unvollständig und visuell sind, ist es schwierig, den tatsächlichen Schaden zu beurteilen. Der größte Schaden ist in der "alten" Zone zu verzeichnen. Der "neue" Bereich wurde ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen, hat aber trotz der Schäden im Allgemeinen besser überstanden als der alte Bereich.

Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst auf dem Telegram-Kanal Militärchronik am 20. September erschienen.

* * *

Putsch in Kiew? Westen bringt "Pestbazille" in die Ukraine

<https://freedert.online/international/219853-westen-bringt-pestbazille-in-ukraine/>

20.09.2024

Der ukrainische Staatschef Wladimir Selenskij wird in den westlichen Medien zunehmend als Autokrat kritisiert, während der ehemalige Oberbefehlshaber des Militärs Waleri Saluschny gepriesen wird. Könnte es in der Ukraine zu einem vom Westen unterstützten Militärputsch kommen?

Von Wladimir Kornilow

In der Ukraine riecht es deutlich nach einem Putsch. Zumindest erklingt dieses Wort ständig in den letzten Tagen. Alles hat mit dem unerwarteten Erscheinen des entlassenen, aber nicht vergessenen Generals Waleri Saluschny am Kiewer Bahnhofsgleis begonnen. Er erschien dort am 11. September gemeinsam mit dem US-Außenminister Antony Blinken und dessen britischem Amtskollegen David Lammy. Bereits nach einem Tag erschien bei der digitalen Zeitung *Politico* ein Artikel unter einem bezeichnenden Titel: "Selenskij's Machtergreifung ist schlecht für die Ukraine".

"Ganz plötzlich" bemerkte die Zeitung die Tatsache, dass Selenskij Wahlen abgeschafft hat und bei seiner Kaderpolitik Willkür demonstriert. Zunächst wurden die Namen der "zu Unrecht beschuldigten" genannt – der jüngst entlassene Außenminister der Ukraine Dmitri Kuleba und der ehemalige Oberbefehlshaber des ukrainischen Militärs Waleri Saluschny. Gepriesen wurden sie ausgerechnet für ihre Loyalität zum Westen. *Politico* wörtlich: "Sowohl Kuleba als auch Saluschny wurden von westlichen Beamten bewundert, und ihr Rücktritt sorgte für eine gewisse Unruhe." Darauf folgen unverhohlene Lobpreisungen an den abgedankten General, dessen Entlassung die Zeitung in Verbindung mit Selenskij's Eifersucht wegen der Popularität eines potenziellen Konkurrenten im Machtkampf bringt.

Darauf folgten flutartig Artikel westlicher Medien und Kommentare von frondierenden ukrainischen Analytikern (die in der Regel aus der Ukraine längst geflohen sind), in denen zwei Schlüsselworte vorkamen: "Saluschny" und "Staatsstreich". Die italienische Zeitung *Il Fatto Quotidiano* veröffentlichte einen Artikel unter dem Titel: "Selenskij ist ein postsowjetischer Autokrat". *The Washington Post* publizierte einen riesigen Frontseitenartikel, in dem ukrainische Militärs offen mit einem Putsch drohen. Die Kirsche auf der Torte ist ein Artikel im bereits erwähnten *Politico*, in dem Selenskij direkt der abenteuerlichen Entscheidung, das russische Gebiet Kursk zu überfallen, beschuldigt wird und behauptet wird, dass Saluschny versucht habe, seinen Vorgesetzten von diesem Vorhaben abzubringen.

Nun diskutieren ukrainische Kommentatoren über die Frage, ob eine gewaltsame Beseitigung von Selenskij möglich sei und ob Saluschny seine Kampagne begonnen habe – genauer gesagt, ob die Briten Saluschny's Kampagne begonnen haben. Zumindest sagt der Professor des Kiewer Instituts für Journalistik, Nikita Wassilenko, offen: "Wer wird als Nachfolger des Führers vorbereitet? Offensichtlich Saluschny. Ein Beleg dafür ist das Buch 'Der eiserne General', das für englisches Geld in England veröffentlicht wurde. Solche Bücher erscheinen in der Regel vor dem Start einer Wahlkampagne. Doch hier wird es keine Wahlkampagne geben. Militärs verstehen das Wort 'Wahlen' nicht, weil sie eben Militärs sind. Ein Wechsel kann nur gewaltsam erfolgen."

Das besagte Buch wurde vor Kurzem von Ljudmila Dolgonowskaja, ehemalige Beraterin Saluschny's für strategische Kommunikation, vorgestellt. Es erschien unter dem Titel "Der Eiserne General. Lektionen der Menschlichkeit" und ist sowohl eine unverhohlene Werbung für den entlassenen General als auch ein Angriff auf Selenskij persönlich. Darin ist alles so dargestellt, als sei für sämtliche "richtigen" Entscheidungen in den ersten Monaten nach dem Beginn der russischen Spezialoperation immer der Oberbefehlshaber des ukrainischen Militärs verantwortlich und für sämtliche Fehler und Niederlagen immer der Präsident.

Und wenn Wassilenko nicht lügt, dass "englisches Geld" hinter dem Erscheinen des Buchs stehe, entsteht ein interessantes Bild: Britische Ressourcen bewerben Saluschny, lassen Selenskij endgültig fallen und bringen dann in einem "plombierten Wagen" in die Ukraine "den großen siegreichen General, der die Nation der unfähigen politischen Führung zum Trotz rettete". Bedenkt man den Ursprung der Phrase "plombierter Wagen", drängen sich ebenfalls interessante Parallelen auf. Genau so bezeichneten die britische Presse und Politiker die Reise Wladimir Lenins und sonstiger prominenter Vertreter der sozialdemokratischen Bewegung aus dem Exil nach Russland im Frühling 1917, die von Deutschland unterstützt wurde.

Diese Phrase beeindruckte Winston Churchill so sehr, dass er in seinen Memoiren von der deutschen Aktion schrieb: "Mit einem Gefühl der Ehrfurcht schickten sie gegen Russland die schrecklichste aller Waffenarten. Sie transportierten Lenin in einem plombierten Wagen, wie eine Pestbazille, aus der Schweiz nach Russland." Bedenkt man, wie sorgfältig man im modernen Großbritannien Churchill studiert und nachzueifern versucht, wäre es nicht verwunderlich, wenn sie "mit einem Gefühl der Ehrfurcht" die gleiche Aktion durchzuführen beschlossen, um Saluschny zu restaurieren. Dann kommt ein "plombierter Wagen" nach Kiew!

Im Übrigen führte Deutschland genau ein Jahr nach der Aktion mit dem "plombierten Wagen" in der besetzten Ukraine eine Operation durch, die den heutigen Realitäten viel näher sein könnte. Im Frühling 1918 wurden sie der ständig nörgelnden Oberhäupter der Kiewer Zentralna Rada überdrüssig. Darauf entmachteten sie schlicht die Marionettenführung der Ukraine mithilfe einer Halbkompagnie deutscher Soldaten und setzten den in den dortigen Kreisen ehemals beliebten General Pawel Skoropadski als Statthalter ein. Drängen sich da keine Parallelen zu mutmaßlichen britischen Plänen bezüglich Saluschny auf?

Natürlich bedeutet das nicht, dass der Staatsstreich unbedingt stattfinden wird. Zumindest in der ukrainischen Öffentlichkeit gibt es diesbezüglich unterschiedliche Ansichten. So vermutet der Politologe Wadim Karassew, dass es in der Ukraine heute keine "angesehenen Generäle" gebe, die einen Putsch organisieren könnten. Der sich in Untersuchungshaft befindende ukrainische Volksabgeordnete Alexandr Dubinski meint seinerseits, dass ein Umsturz im Fall eines endgültigen Verzichts Selenskij auf Wahlen möglich sei. Der ehemalige Asow-Terrorist Igor Mossijtschuk äußerte dagegen seine Skepsis bezüglich der Möglichkeit eines Militärputsches, bestätigte allerdings, dass die westlichen Herren beschließen könnten, Selenskij zu ersetzen. Die Meinungen gehen freilich auseinander, dennoch ist es beachtenswert, wie alle darüber zu sprechen begannen. Das ist sicher kein Zufall.

Doch alle verstehen, dass das letzte Wort bei Amtsbestellungen in der Ukraine nicht bei den Briten liegen wird, die heute Saluschny, den nominellen Botschafter der Ukraine in London, betreuen. Bei diesem Pan wird viel von der bevorstehenden Reise Selenskij in die USA abhängen. Es ist kein Geheimnis, dass er hofft, sich dort sowohl mit dem amtierenden Präsidenten der USA als auch mit beiden Präsidentschaftskandidaten zu treffen. Man kann sich daher ausmalen, wie unruhig Kiew wurde, nachdem John Kirby ankündigte, dass Joe Biden vorerst kein Treffen mit Selenskij plane. Beim Weißen Haus in Ungnade zu fallen kommt für den Kiewer Alleinherrscher dem Tod gleich. Schließlich gab man ihm zu verstehen: Der Zug mit dem "plombierten Wagen" ist bereits startklar.

Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen bei RIA Nowosti am 20. September.

Wladimir Kornilow ist ein sowjetischer, ukrainischer und russischer Politologe, Geschichtswissenschaftler, Journalist, Schriftsteller und gesellschaftlicher Aktivist. Er ist der ehemalige Leiter der ukrainischen Filiale des Instituts der GUS-Staaten in Kiew und Leiter des Zentrums für Eurasische Studien in Den Haag. Nach seiner scharfen Kritik am Euromaidan musste

er aus der Ukraine flüchten und arbeitet seit 2017 als Kolumnist bei Rossija Sewodnja. Er führt eine Telegram-Kolumne zu aktuellen politischen Themen.

* * *

Polen will Grenzen der Ukraine revidieren

<https://freedert.online/international/219871-polen-will-grenzen-ukraine-revidieren/>

21.09.2024

Polen schlägt vor, die Krim einem UN-Mandat zu unterstellen und ein neues Referendum dort abzuhalten. Damit kündigt Warschau eine Revision des Status der "ukrainischen" Krim an, obwohl es zuvor ein eifriger Verfechter der ukrainischen Grenzen von 1991 gewesen war.

Von Jewgeni Posdnjakow

Die Diskrepanzen zwischen Kiew und Warschau nehmen zu. Der polnische Außenminister Radosław Sikorski hat seinen Weg zur Lösung des Konflikts über den Status der Krim vorgestellt. Zu diesem Zweck schlägt er vor, die Halbinsel für 20 Jahre unter UN-Mandat zu stellen und anschließend ein "ehrliches" Referendum über ihren Status zu veranstalten. Dem Minister zufolge sei die Halbinsel für Russland symbolisch wichtig, aber auch für die Ukraine sei sie von strategischer Bedeutung.

In der Ukraine wurde der Vorschlag Sikorskis sofort kritisiert. Der Leiter von Selenskijs Büro, Andrei Jermak, erklärte, die Zugehörigkeit der Halbinsel zum Staat sei unbestritten, während Russland "vor zehn Jahren das Völkerrecht verletzt hat und sich dafür verantworten muss".

Auch Vertreter der Krim reagierten auf die Worte des polnischen Außenministers. So erinnerte Alexander Formentschuk, Vorsitzender der Öffentlichen Kammer der Republik, daran, dass der Status und die Zugehörigkeit der Region nicht neu bewertet werden könnten, da die Krim ausschließlich als Teil der Russischen Föderation betrachtet werden könne, schreibt TASS.

Seiner Meinung nach sei sich Sikorski der Unmöglichkeit der Umsetzung seines Vorschlags bewusst und äußere nur eine private Meinung, die jedoch im Rahmen der allgemeinen russophoben Rhetorik des Kollektiven Westens zum Ausdruck komme. Formantschuk unterstrich:

"Wir haben das Problem der Krim ein für alle Mal gelöst – diese Worte stammen von unserem Präsidenten Wladimir Wladimirowitsch Putin, der sie bereits 2015 geäußert hat."

Zur Erinnerung: Im März 2014 fand auf der Halbinsel ein historisches Referendum statt, bei dem sich 95 Prozent der Teilnehmer für den Beitritt zu Russland aussprachen. Wenige Tage später unterzeichnete Putin einen Vertrag mit Vertretern der Krim-Behörden, dann erhielt Sewastopol den Status einer föderalen Stadt wie Moskau und Sankt Petersburg.

Es ist hinzuzufügen, dass Kiew und Warschau in letzter Zeit wiederholt Themen ansprachen, die auf beiden Seiten heftige Reaktionen auslösten. Wenige Tage vor seinem Rücktritt äußerte der ehemalige ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba "Ansprüche" auf die südöstlichen Gebiete Polens. Vor diesem Hintergrund erinnerte der ukrainische Premierminister Donald Tusk daran, dass Kiew ohne die Zustimmung Warschaus nicht der Europäischen Union beitreten kann. Der Politikwissenschaftler Stanislaw Stremidowski, der sich im Bereich der polnischen Sprache und Kultur spezialisiert hat, erklärte dazu:

"Sikorski kann man nur applaudieren. Mit seinen Worten brachte er im Nu das mächtigste

diplomatische Konstrukt zur Unteilbarkeit der Ukraine zum Einsturz, das Polen seit Jahren aufgebaut hatte. Während es in anderen Ländern Überlegungen gab, Grenzänderungen anzuerkennen, blieb Warschau bis zuletzt dabei."

Ihm zufolge sei es wichtig zu begreifen, dass eine solche Erklärung des Außenministers zu einer Art "Krönung" der Spannungen in den bilateralen Beziehungen der Länder geworden sei. Der Experte weiter:

"In letzter Zeit hat sich die Situation besonders verschärft. Ich möchte Sie daran erinnern, dass der ukrainische Boxer Alexander Ussik in Polen festgenommen wurde. Zweifellos war dies ein Signal Warschaus an Kiew."

Der Gesprächspartner wies darauf hin, dass auch die historische Bedeutung des Massakers von Wolhynien aktiv diskutiert worden sei. Dieses Thema sei immer ein "Barometer" des zwischenstaatlichen Dialogs gewesen. Wenn das Ereignis in den Reden der Politiker nicht zur Sprache komme, könne man davon ausgehen, dass es in den Beziehungen zwischen der Ukraine und Polen derzeit keine besonderen Probleme gebe. Wenn es aber zur Sprache komme, "zeichnen sich immer große Herausforderungen am Horizont ab". Stremidlowski merkte an:

"All dies sind jedoch nur Sticheleien, die sich Warschau gegen Kiew erlauben kann. Die Diskussion über die Grenzen ist viel ernster. Schließlich könnte allein die Tatsache, dass Sikorski das Thema anspricht, eine erhebliche Gegenreaktion auslösen. Polen hat Gebiete, die es im Rahmen des Potsdamer Friedens erhalten hatte. Wo ist die Garantie, dass Deutschland keinen Anspruch darauf erhebt?"

Stremidlowski schließt dabei nicht aus:

"Zugleich war die Infragestellung des Status der Krim das erste Mal, dass dieses Thema in westlichen Ländern öffentlich und offen angesprochen wurde. Es ist besonders ironisch, dass Warschau schon immer der wichtigste Motor für den unnachgiebigen Kampf der ukrainischen Behörden war. Das verheißt nichts Gutes für Selenskij's Büro."

Weiter betonte der Experte:

"Es ist gut möglich, dass das Land diesen Schritt in der Hoffnung unternommen hat, früher oder später ein bestimmtes Stück Territorium für sich zu ergattern. Natürlich wird Polen in Zukunft um seine ehemaligen Verbündeten weinen, aber es wird trotzdem versuchen, ihnen ihr Land wegzunehmen. Und in dieser Hinsicht hat Sikorski einen Antrag für die Zukunft formuliert."

Laut dem Politologen Wladimir Skatschko sei die Erklärung des polnischen Außenministers ein scharfer antiukrainischer Affront. Seiner Meinung nach ziele sie darauf ab, "den bestehenden Status quo zu fixieren". Der Experte meint dazu:

"Je länger Selenskij's Büro ein Instrument in anderen Händen bleibt, desto mehr wird er verlieren."

Schon die Rhetorik über den Status der Krim sei demnach eine Wiederholung des Vorschlags von 2014, die Halbinsel auf der Grundlage der Ergebnisse eines Referendums unter internationaler Kontrolle als russisch anzuerkennen. Skatschko erinnerte weiter:

"Diese Idee war jedoch längst vergessen. Jetzt sind sie wieder darauf zurückgekommen, was

eine kleine, aber recht auffällige Veränderung in der Rhetorik des Westens bedeutet."

Allerdings habe die Ukraine selbst kein "Ass im Ärmel", das sie Polen präsentieren könne. Dennoch wird Selenskij's Büro die Beilegung des Konflikts so lange wie möglich hinauszögern. Der Experte weiter:

"Die Aufgabe der Ukraine steht fest: den Prozess der Friedensregelung unter dem Deckmantel der Entwicklung eines 'Siegesplans' und von 'Gegenangriffen' zu verlangsamen."

Kiew's Reaktion auf Sikorski's Erklärung wird davon abhängen, was genau dem Büro von Selenskij von London und Washington befohlen werde, hieß es. Skatschko sieht in dem Vorfall ein Echo auf die Widersprüche innerhalb des kollektiven Westens. Er erläuterte:

"In der Tat ist die Idee des Referendums gesamteuropäisch, sie stammt nicht von Sikorski. Es gibt keine Eigenständigkeit Polens und der Ukraine bei diesem Thema."

Abschließend erklärte Skatschko:

"Für sie scheint eine der Formen der Lösung der Krise die Abhaltung einer Art Referendum über die Zugehörigkeit einer Reihe von Gebieten zu Russland zu sein. Das ist eine Art 'Legende', Bedingungen, die gestellt werden, um die politische Situation zu regeln. Dabei wird jedoch nichts gelingen, denn unsere Verfassung besagt eindeutig, dass Moskau keinen Handel von Ländern und Bürgern betreibt."

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 19. September 2024 zuerst bei der Zeitung Wsgljad erschienen.

Jewgeni Posdjakow ist ein russischer Journalist, Fernseh- und Radiomoderator.

* * *

Ist das Ende nah? Was die Russische Armee in den vergangenen zwei Monaten erreicht hat

<https://freedert.online/international/219806-ist-ende-nah-russische-armee/>

21.09.2024

Die Streitkräfte der Russischen Föderation bauen ihren Vorsprung an drei wichtigen Fronten aus, während Kiew verzweifelt versucht, eine Lösung zu finden. Hier finden Sie die aktuellste Analyse zur Lage an der Front.

Von Sergej Poletajew

Die Frontlinie im Ukraine-Konflikt hat sich seit Anfang August erheblich verschoben. Fast sieben Wochen später können wir einige vorläufige Schlussfolgerungen ziehen, indem wir die Schlüsselbereiche der Front von Norden nach Süden untersuchen.

Die Kursker Front

Am 6. August begannen die ukrainischen Streitkräfte mit einem Vorstoß in die russische Region Kursk. Auf den ersten Blick schien dies nur ein weiterer grenzüberschreitender Überfall zu sein, ähnlich wie viele andere zuvor; es wurde jedoch schnell deutlich, dass diese Operation von größerer Bedeutung war. Diesmal rückten die ukrainischen Streitkräfte (AFU) unter ihrer eigenen Flagge vor

und wollten eindeutig den Erfolg wiederholen, den sie im Herbst 2022 in der Region Charkow hatten. Die Strategie bestand darin, eine relativ schwache Front (im Vergleich zu Donbass und Saporoschje) zu durchbrechen, schnell ein großes Gebiet einzunehmen und die russische Armee zum kampflosen Rückzug zu zwingen.

Trotz anfänglicher Erfolge geriet die Offensive jedoch bald ins Stocken. Der größte Erfolg der AFU war die Einnahme der Stadt Sudscha mit etwa 5.000 Einwohnern. Die ukrainischen Truppen übernahmen auch die Kontrolle über ein relativ großes, aber dünn besiedeltes Gebiet von etwa 1.000 km². Im Wesentlichen bestand Kiews einziger Gewinn aus dieser Operation in der Verlängerung der Frontlinie um etwa 130 km.

Interessante Tatsache: Eine wichtige Pipeline, die Gas nach Europa transportiert, verläuft durch die Konfliktzone in der Region Kursk. Sie ist jedoch weiterhin ohne Unterbrechung in Betrieb.

Während des gesamten Septembers versuchte die AFU, ihr Kontrollgebiet nach Westen bis zum Bezirk Gluschkowski auszudehnen, wo eine solide Verteidigung entlang des Flusses Seim errichtet werden konnte. Die russischen Streitkräfte verhinderten dies und starteten Gegenangriffe, die es den ukrainischen Streitkräften nicht erlaubten, schweres militärisches Gerät heranzuführen oder Verteidigungsanlagen zu errichten.

Wie ist die aktuelle Lage? Am 10. September erfuhren wir erstmals von einer möglichen russischen Gegenoffensive. Unter Ausnutzung von Schwachstellen in den gegnerischen Verbänden rückten die russischen Streitkräfte rasch vor und schnitten einige ukrainische Hochburgen erfolgreich von ihren Nachschublinien ab. Innerhalb von zwei Tagen befreite die russische Armee zehn Siedlungen und stieß 15 km tief entlang einer 25 km langen Front vor – ein bedeutender Fortschritt für die Verhältnisse in diesem Konflikt. In den folgenden Tagen setzten die russischen Streitkräfte ihren Vormarsch in Richtung Osten fort, nach Liubimovka und zur Autobahn Sudscha-Korenewo.

Diese Operation ist im Kontext der Stellungskriegsführung eher ungewöhnlich, denn es wurden verschiedene Strategien angewandt, wie z. B. eine verdeckte Flussüberquerung zur Truppenansammlung, traditionelle Panzerkolonnenangriffe und Luftlandeeinheiten, die in vom Feind besetzten Städten landen.

Ab dem 13. September startete die AFU eine Reihe von grenzüberschreitenden Angriffen, um sich den hinteren Stellungen der vorrückenden russischen Streitkräfte zu nähern. Diese Angriffe blieben jedoch erfolglos, obwohl die Lage unbeständig ist.

Das Gebiet um Pokrowsk

Der langsame russische Vormarsch in Richtung Pokrowsk begann im Winter 2023 als Fortsetzung der Operation Awdejewka. Die Hauptachse dieser Offensive war die Haupteisenbahnlinie – es stellte sich heraus, dass es am praktischsten war, entlang dieser hoch gelegenen und durch Waldgebiete geschützten Strecke vorzurücken. Ein entscheidender Moment kam im April 2024, als die kleine Siedlung Otschertino eingenommen wurde. Nach diesem Durchbruch gewann der Vormarsch der russischen Armee an Schwung und wurde nicht mehr unterbrochen.

Interessante Tatsache: Von April bis September rückte die russische Armee an einer gleich langen Front 25 km vor (zum Vergleich: in Richtung Kursk).

Mit dem Beginn der ukrainischen Kursk-Operation beschleunigte sich der Vormarsch der russischen Armee an der Pokrowsk-Front merklich, und die Erfahrungen aus früheren Angriffen trugen Früchte. Die russische Truppengruppe "Zentrum", die in diesem Gebiet operiert, macht derzeit die

besten Fortschritte seit Beginn der russischen Offensive im Februar 2022.

Den Angriffen gehen schwerer Beschuss und Luftangriffe mit gelenkten Bomben voraus, bevor die Angriffstruppen meist zu Fuß vorrücken und die gegnerischen Befestigungen infiltrieren. In der Zwischenzeit hält die russische Armee die rückwärtigen Stellungen der ukrainischen Streitkräfte unter ständiger Überwachung und Feuerkontrolle, was deren Fähigkeit zur Truppenverlegung und zur Aufrechterhaltung der Nachschublinien erschwert.

Die geschwächte ukrainische Verteidigung ist in bestimmten Bereichen "zusammengebrochen". So haben russische Truppen Ende August die Stadt Nowogradowka (15.000 Einwohner vor dem Konflikt) fast ohne Widerstand eingenommen, während sie unter anderen Umständen monatelang als Verteidigungsfestung hätte dienen können.

Wie ist die aktuelle Lage? Nach der Katastrophe in Nowogradowka wurden die ukrainischen Truppen in Richtung Pokrowsk verlegt, wodurch sich der russische Vormarsch verlangsamt, auch wenn er immer noch schneller war als im Juni und Juli. Derzeit finden die Kämpfe in den Außenbezirken des Stadtgebiets Pokrowsk-Selidowo statt, in dem etwa 200.000 Menschen leben. Nach Slawjansk-Kramatorsk ist dies das zweitgrößte Stadtgebiet im Donbass, das sich noch unter der Kontrolle der AFU befindet. Am Abend des 17. September wurde gemeldet, dass die Stadt Ukrainsk (10.000 Einwohner) eingenommen worden sei.

Das unmittelbare Ziel Russlands ist die Einnahme der Stadt Selidowo (25.000 Einwohner), die im Gegensatz zu Grodowka nicht sofort eingenommen werden konnte. Die russische Armee versucht nun, Selidowo einzukesseln, indem sie sich über die Stadt Gornjak der Stadt nähert. In der Zwischenzeit führt die AFU Gegenangriffe entlang der gesamten Front durch, bisher jedoch mit begrenztem Erfolg. Sollten die russischen Streitkräfte Pokrowsk noch vor dem Winter einnehmen, wäre dies ein bedeutender Sieg und ein Zeichen für die großen Herausforderungen, vor denen die AFU steht.

Marjinka und Ugledar

In Marjinka (einem Vorort von Donezk) und der nahe gelegenen Stadt Krasnogorowka sind die ehemaligen Milizeinheiten aus dem Donbass, die jetzt zum 1. Armeekorps der russischen Streitkräfte gehören, seit Februar 2022 langsam vorgerückt. Der jüngste Erfolg im nahe gelegenen Pokrowsk hat jedoch auch hier die Front "aufgerüttelt": In nur einem Monat sind die russischen Einheiten weiter vorgedrungen als in den eineinhalb Jahren zuvor. Vor allem aber haben sie endlich den letzten verbliebenen Abschnitt der "alten" Frontlinie (aus dem Jahr 2014) mit ihren gewaltigen Betonbefestigungen durchbrochen, der noch unter ukrainischer Kontrolle stand.

Weiter südlich, am Schnittpunkt der Fronten von Donezk und Saporoschje, liegt die Bergbaustadt Ugledar, in der vor dem Krieg rund 15.000 Menschen lebten. Die auf einer Anhöhe gelegene Stadt war seit dem Frühjahr 2022 eine uneinnehmbare Festung und hatte mehrere Angriffsversuche überstanden. Nachdem das ukrainische Kommando seine kampfstärksten Brigaden aus diesem Gebiet abgezogen hatte, änderte sich jedoch auch die Lage an diesem Frontabschnitt.

Interessante Tatsache: Die wichtigsten Festungen um Ugledar befinden sich in den Fördertürmen von Kohlebergwerken. Diese massiven Betonbauten sind über 100 Meter hoch; sie dominieren die umliegende Steppe und bieten eine hervorragende Sicht und Kontrolle über das Gebiet.

Wie ist die aktuelle Lage? Ein großes Gebiet zwischen Krasnogorowka und dem Vorposten von Pokrowsk steht kurz vor der Einnahme durch die russischen Streitkräfte. Berichten zufolge haben sich die ukrainischen Truppen in den letzten zwei Tagen aufgrund einer möglichen Einkesselung

ohne jegliche Kampfhandlungen aus ihren Stellungen in diesem Gebiet zurückgezogen.

In den vergangenen zwei Wochen haben die russischen Truppen Ugledar teilweise eingekesselt und mehrere Siedlungen nördlich und westlich der Stadt erobert. Wenn sie die Straße nach Bogojawlenka abschneiden, wird Ugledar eingekesselt sein.

Sergej Poletajew ist Informationsanalyst und Publizist. Er ist spezialisiert auf die russische Außenpolitik und den Russland-Ukraine-Konflikt. Folgen Sie Sergejs Vatfor-Projekt auf Telegram.

* * *

Die Ukraine wird den Europäern im Winter das Stromsparen beibringen

<https://freedert.online/europa/219937-ukraine-wird-europaeern-im-winter/>

22.09.2024

Die EU will der Ukraine mit Strom helfen. Ursula von der Leyen kam nach Kiew und versprach Hilfe, Geld und sogar ein ganzes Heizkraftwerk. Der Chef der IEA fordert die europäischen Verbraucher zudem auf, ihren Stromverbrauch zu senken, um Strom nach Osten zu exportieren. Aber genügt das?

Von Anastasia Kulikowa

Die Chefin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, ist in Kiew eingetroffen, wo sie die Unterstützung des ukrainischen Energiesektors besprochen hat. Bereits im Vorfeld hatte sie erklärt, dass die EU bereit sei, dem Land bei der Wiederherstellung kritischer Infrastrukturen zu helfen, damit es 15 Prozent seines Strombedarfs selbst produzieren kann. Darüber hinaus beabsichtigt die Union, den Umfang der Energielieferungen zu erhöhen.

Ihr zufolge wird die EU dem Land etwa 4,5 Gigawatt (GW) der neun GW an verlorener Kapazität bereitstellen. Die Europäische Kommission wird der Ukraine für die kommende Heizperiode 160 Millionen Euro zur Wiederherstellung der Energieanlagen zuwenden. Dabei werden 100 Millionen Euro aus den Erträgen eingefrorener russischer Aktiva gewährt.

Weiter informierte von der Leyen über die Entscheidung Litauens, eines seiner Heizkraftwerke zu demontieren und die Teile anschließend in die Ukraine zu überführen. Die Komponenten dieses Kraftwerks sollen auch für Wiederaufbauarbeiten verwendet werden.

Vor diesem Hintergrund kritisiert Fatih Birol, der Leiter der Internationalen Energieagentur (IEA), dass Europa nicht die notwendigen Anstrengungen zum Schutz der ukrainischen Energieinfrastruktur unternehme, wie die Financial Times berichtet. Außerdem fordert er die EU auf, Kiew mehr Generatoren und Reparaturausrüstungen zur Verfügung zu stellen.

Einem IEA-Bericht zufolge könnte das Energiedefizit der Ukraine bereits in diesem Winter neun GW erreichen. Nach Birols Einschätzung kann die derzeitige Situation "schwerwiegende Folgen" für das Land haben, und der Strommangel wird die Arbeit von Krankenhäusern, Schulen und Wasserversorgungseinrichtungen erheblich beeinträchtigen.

Er fügt hinzu, dass die EU ihre Energieexporte in die Ukraine erhöhen könnte, ohne ihre eigene Versorgung zu gefährden, wobei die europäischen Verbraucher ihren Stromverbrauch reduzieren könnten, um die Stromübertragung nach Osten aus Solidarität zu verstärken.

Wie die Zeitung *Wsgljad* berichtet, treibt Selenskijs Büro den europäischen Energiesektor in den

Abgrund. Nach Angaben von Ukrhydroenergo gibt es im Land kein einziges noch nicht unter Beschuss geratenes Wasserkraftwerk. Insgesamt haben die Wasserkraftwerke 40 Prozent ihrer Kapazität verloren, die Heizkraftwerke mehr als 80 Prozent. In der EU befürchtet man, dass die zyklischen Stromausfälle im Winter eine echte humanitäre Katastrophe in der Ukraine auslösen werden, die einen weiteren millionenschweren Flüchtlingsstrom in die Mitgliedsländer auslösen könnte.

Der deutsche Politologe Alexander Rahr erklärte dazu:

"Die Bevölkerung der EU-Länder wird nicht begeistert sein, wenn ihre Regierungen beschließen, aus Solidarität mit der Ukraine die Stromlieferungen zu reduzieren oder die Tarife für Dienstleistungen in Europa zu erhöhen. Trotzdem werden die Hauptakteure der Union einen solchen Schritt unternehmen."

Der Experte erläutert weiter:

"Das Argument, dass durch die Fortsetzung der Kampfhandlungen die Infrastruktur der Ukraine noch mehr Schaden erleiden könnte, wird auf Brüssel, Paris und Berlin nicht wirken. Daher wird den Europäern in den Massenmedien das Bild eines Verbündeten vermittelt, der 'heldenhaft für europäische Werte kämpft'."

Das ukrainische Energiesystem ist mit der ENTSO-E-Struktur (Europäische Gemeinschaft der Backbone-Netzbetreiber in der Elektrizitätswirtschaft) synchronisiert, erinnert der Wirtschaftswissenschaftler Ivan Lisan. "Alle Länder, die dieser Struktur angehören, teilen sich auf die eine oder andere Weise den Strom mit Kiew, während die Überströme hauptsächlich durch Polen, Ungarn und die Slowakei fließen." Er betont:

"Die ukrainische Elektrizitätswirtschaft ist zu einem direkten Problem für die EU geworden, aber was noch viel wichtiger ist – für die europäischen Verbraucher."

Der Gesprächspartner wies auch auf die Aufforderung an die Unionsbürger hin, zum Wohle der Ukraine zu sparen. "Vielleicht sind einige Länder wirklich bereit, einen solchen Schritt zu vollziehen", sagt der Wirtschaftswissenschaftler.

Allerdings werden nicht alle EU-Mitglieder diese Idee gutheißen. Der Experte weist darauf hin, dass etwa Rumänien sich bisher geweigert hat, Strom an die Ukraine zu liefern, ohne dafür von Brüssel entschädigt zu werden. Lisan räumt ein, dass ein Teil der von Ursula von der Leyen angekündigten Finanzmittel für die Wiederherstellung von Energieanlagen den Mitgliedsländern selbst zufließen würde.

Seiner Ansicht nach scheinen die Versprechen, der Ukraine zu helfen, nicht realisierbar zu sein:

"Auf den ersten Blick mag es so aussehen, als würde die EU das Energiesystem ihres Verbündeten sogleich retten und ihm helfen, sich auf den kommenden Winter vorzubereiten. Doch in Wirklichkeit werden die von der EU-Kommissionschefin angekündigten Maßnahmen äußerst schwierig umzusetzen sein, und für viele Dinge mangelt es einfach an Zeit."

Die EU wird also nicht in der Lage sein, der Ukraine die 4,5 der neun GW an verlorenen Kapazitäten zu beschaffen. Lisan weiter:

"Ich schließe nicht aus, dass die Kiewer Machthaber das tatsächliche Zerstörungsausmaß

absichtlich übertreiben. Es gibt Anlagen im Land, die trotz offizieller Verlautbarungen weiterhin mit 20 bis 25 Prozent ihrer Kapazität in Betrieb sind. Man wird zunächst versuchen, sie wiederherzustellen."

Ein weiterer Punkt sei, dass dafür nur noch wenig Zeit bleibt. Eine weitere Herausforderung bestehe im Mangel an Transformatoren, ergänzt er:

"Es gibt ein Problem mit den unterschiedlichen Spannungsklassen: Die europäische liegt bei 400 kV und die ukrainische bei 750 kV. Früher erhielt Kiew Transformatoren aus dem Baltikum, wo die sowjetische Energiewirtschaft stillgelegt wurde. Jetzt ist zu erwarten, dass das Land nicht in der Lage sein wird, die Kapazitäten der Ultrahochspannungsklasse wiederherzustellen."

Lisan weiter:

"Die Erfüllung des anderen Versprechens von der Leyens – nämlich die Erhöhung der Energieexporte – wird ebenfalls eine Reihe von Herausforderungen mit sich bringen.

Die europäischen Länder werden versuchen, die Übergabeleistungen zu erhöhen. Derzeit gibt es eine Belastungsgrenze von 1,7 GW. Im Sommer zum Beispiel gab es Zeiten, in denen die Lieferungen 1,3 GW nicht überschritten haben. Vieles wird von der Leistung der Windturbinen und Solarkraftwerke abhängen."

Der Experte ergänzt:

"Wenn es um die Erhöhung des Limits von 1,7 GW auf zwei GW geht, müssen Arbeiten an den Stromübertragungsleitungen durchgeführt werden – und das bedeutet einen zusätzlichen Bedarf an Zeit, Geld und Arbeit. Aber meiner Meinung nach werden zwei GW der Ukraine nicht helfen. Sie werden die Situation nur etwas entschärfen, aber sie werden es nicht ermöglichen, Stromausfälle zu vermeiden."

Er erinnert daran, dass europäische Länder Kiew Stromgeneratoren und Gaskolbenstationen zur Verfügung stellten. Lisans Fazit:

"Somit wird es möglich sein, nur bestimmte Einrichtungen, zum Beispiel ein Heizkraftzentrum, mit Strom zu versorgen. Man sollte auch mögliche Angriffe der russischen Streitkräfte in Betracht ziehen. In diesem Fall wird Moskau alle europäischen Anstrengungen auf null reduzieren."

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 20. September 2024 zuerst auf der Seite der Zeitung *Wsgljad* erschienen.

* * *

Skandinavien und die baltischen Staaten bereiten zweite Front gegen Russland vor

<https://freedert.online/europa/220348-skandinavien-und-baltischen-staaten-bereiten-zweite-front-vor/>

25.09.2024

Was erklärt die neue Kriegslust in den kleinen Ländern des Baltikums und Skandinaviens, die nun schon offen von einem "präventiven" Überfall auf Russland sprechen? Was erklärt die

ständigen Provokationen aus Stockholm, Helsinki, Kopenhagen, Tallinn und Riga? Irina Alksnis hat eine Erklärung.

Von Irina Alksnis

Andrus Merilo, Befehlshaber der estnischen Verteidigungskräfte, erklärte, dass Tallinn und Helsinki ihre Zusammenarbeit im Bereich der Seeverteidigung ausbauen und insbesondere über die Entwicklung "konkreter Pläne" sprächen, um die Ostsee wenn nötig vollständig für russische Schiffe zu sperren.

Diese Erklärung fügte sich organisch in den allgemeinen Rahmen der Ereignisse ein, bei denen die skandinavischen und baltischen Länder bereitwillig die Führung in der aggressiven, russophoben Politik übernommen haben, wobei sie sogar die Polen überholt und sich in dieser Disziplin einen Platz gleich hinter der Ukraine gesichert haben. So erklärte die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen, die Verbündeten Kiews sollten den Einsatz westlicher Waffen für Angriffe tief im russischen Hoheitsgebiet genehmigen. Im Übrigen haben die Dänen bereits ihre offizielle Genehmigung für den Einsatz der von ihnen übergebenen F-16 erteilt.

Diese Aktivitäten der Skandinavier und der Balten lösen bei uns oft Verwunderung aus. Gut, die Ukraine hatte Illusionen über ihre Aussichten auf einen militärischen Sieg über Russland: Als entwickeltes Industrieland mit vielen Millionen Einwohnern und voller Unterstützung durch den Westen rechnete sie ernsthaft mit einem militärischen Erfolg. Aber was erhoffen sich die Skandinavier und die Balten denn? Vor allem jetzt, wo die Unvermeidlichkeit einer Niederlage für die Ukraine für jedermann offensichtlich wird, was den Kriegsgelüsten viel kleinerer und schwächerer Länder automatisch ein Ende setzen sollte.

Darüber hinaus (und dies wird von der Führung des Landes ausdrücklich geäußert) betrachtet Russland das ukrainische Volk als dem russischen eng verwandt und den Konflikt als einen teilweise von äußeren Kräften angezettelten Bürgerkrieg. Es legt sich daher bei der Durchführung der militärischen Sonderoperation bewusst Beschränkungen auf. In Bezug auf andere feindliche Länder hat Moskau keine vergleichbaren moralischen Schranken und wird nicht zögern, die gesamte Bandbreite der Mittel und Methoden einzusetzen, die nach den Gepflogenheiten und Gesetzen des Krieges zulässig sind.

Unter diesen Bedingungen ist es schlichtweg selbstmörderisches Verhalten von Staaten, die offensichtlich nicht in der Lage sind, Russland eine militärische Niederlage zuzufügen oder ihm auch nur ernsthafte Probleme zu bereiten. Dennoch bewegen sich die Skandinavier und die Balten überheblich in Richtung offener Konfrontation.

Die Lösung für diesen Teil des Rätsels ist einfach: Das baltische und das skandinavische Regierungsestablishment dienen offen fremden Interessen und erfüllen Aufträge aus dem Ausland. Die öffentliche Meinung in ihren eigenen Ländern interessiert und stört sie nicht im Geringsten. Zumal die russophobe Propaganda dort in erheblichem Maße aufgepumpt wird, um ein ausreichendes Maß an Unterstützung für die verrücktesten antirussischen Abenteuer zu gewährleisten.

Ein anderer Aspekt der Ereignisse ist interessanter und komplizierter zugleich: Welchen Sinn hat es überhaupt, die militärischen Provokationen und die Eskalation gegen Russland fortzusetzen? Die Ukraine hat ganz offensichtlich die Aussichtslosigkeit des Versuchs demonstriert, unserem Land eine militärische Niederlage beizubringen.

Einerseits sind wir der Meinung, dass die Idee, Russland eine militärische Niederlage zuzufügen,

wenn nicht ganz aufgegeben, so doch in die Kategorie der unwahrscheinlichen Szenarien verschoben wurde. Andererseits besteht für unsere Gegner die Aufgabe darin, Russland so stark wie möglich zu schwächen und so weit wie möglich die Hände zu binden, damit es physisch nicht in der Lage ist, sich mit voller Kraft an der sich anbahnenden geopolitischen Neuaufteilung der Welt zu beteiligen – sei es durch Verdrängung des Westens aus Afrika oder dem Nahen Osten, sei es durch die Unterstützung Chinas in dessen Konfrontation mit den Vereinigten Staaten, sei es durch Beteiligung an Dutzenden anderer wichtiger Entwicklungen.

Wir müssen einräumen, dass unsere Gegenspieler unseren verwundbaren Punkt – eine kolossale Grenze mit einem Haufen unfreundlicher Nachbarn – präzise erkannt haben. Die Esten, Letten, Dänen oder Finnen müssen Moskau überhaupt nicht besiegen. Es genügt für die Hintermänner, die die Fäden ziehen, dass sie Russland zu einem ständigen Einsatz von Kräften und militärischen, finanziellen, administrativen Ressourcen zwingen. Und zwar durch die permanente Erforderlichkeit, diese kolossale Grenze zu schützen, die Sicherheit der Bevölkerung in den Grenzgebieten zu gewährleisten, die Kommunikation mit dem Kaliningrader Gebiet aufrechtzuerhalten.

Wir wissen bereits, wie unsere Kräfte und Ressourcen beansprucht werden könnten, wir kennen dies vom Beispiel der Regionen Kursk und Belgorod. Der Westen hat darauf gesetzt, dieses Szenario entlang der gesamten russischen Grenze zu reproduzieren, wo immer so etwas organisiert werden kann. Das ist übrigens auch der Grund, warum sie Druck auf Georgien ausüben und nun sogar einen gewaltsamen Regierungswechsel vorbereiten, den Sturz einer Regierung, die absolut prowestlich, aber nicht bereit ist, das eigene Land den Interessen anderer zu opfern.

Aber die skandinavischen und baltischen Führer haben die Bedenken der Regierung in Tiflis nicht: Sie haben den Auftrag erhalten, ihre Länder in einen militärischen Konflikt mit Russland zu verwickeln, und gehen konsequent auf dieses Ziel zu. Wenn dabei Tallinn, Helsinki oder Kopenhagen vom Erdboden verschluckt werden, wird keiner der Strippenzieher und keine der Marionetten darüber traurig sein – im Gegenteil, es wird ihnen neue Karriereperspektiven auf höherer Ebene eröffnen.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 24.09.2024 auf ria.ru erschienen.

* * *

Meinung

UN-Sicherheitsrat: Baerbock blieb sich treu - unwissend, unsensibel, niederträchtig

<https://freedert.online/meinung/220428-un-sicherheitsrat-943-tage-annalena/>

25.09.2024

Irgendwie ist es, als könne man sich schon auf den Moment freuen, an dem man auf eine Frage aus der jüngeren Generation: "Baerbock, wer war die denn?" antworten kann: "Ach, so eine Außenministerin, nicht weiter wichtig", und sich wieder der Kaffeetasse zuwendet.

Von Dagmar Henn

Die volle Pracht der Rede von Außenministerin Annalena Baerbock vor dem UN-Sicherheitsrat lässt sich auf Deutsch gar nicht vermitteln. Man möchte sämtliche Lehrkräfte des Englischen, die sie unterrichtet haben, auf Schmerzensgeld verklagen. Einschließlich der britischen Universität, an der sie studiert haben will.

Aber das ist bei weitem nicht alles. Wenn man versuchen wollte, ein physisches Gegenstück zu dem geistig-emotionalen Erlebnis zu vermitteln, es wäre schon ein schwerer Migräneanfall, Übelkeit inbegriffen. Wobei vieles davon nicht von Baerbock geschaffen ist, sondern sich aus der Dissonanz zwischen ihr und der Welt ergibt. Und wenn man ihr Gesicht betrachtet, während sie ihre eigenartig seelenlosen englischen Sätze vorträgt, ist es zum ersten Mal bar jeder Kindlichkeit, bar jeder Koketterie, aber was zum Vorschein kommt, ist böse wie das Gesicht einer Hillary Clinton (Baerbock würde das sicher auch noch als Lob auffassen).

Das ganze mädchenhafte Getue hat nicht verhindert, dass die Zeit an ihr vorübergezogen ist, schnell, wie sie sich gerade verändert. In zwei Momenten wird das besonders deutlich.

Sie hält an der Erzählung fest, die sie vor Jahren begonnen hat, und beginnt mit einer absurden Formulierung: "943 Tage werden Frauen in Butscha vergewaltigt." Ein Satz, der nicht einmal in ihrer Welt Sinn ergibt; schließlich ist Butscha seit Ende März 2022 unter ukrainischer Kontrolle. Sie will Emotionen schüren und fährt fort mit "gefolterten Menschen in der Ostukraine" und deportierten Kindern.

Niemand in der deutschen UN-Botschaft oder aus dem Stab des Auswärtigen Amtes scheint ihr gesagt zu haben, dass die Welt außerhalb der westlichen Blase die Bilder aus Gaza gesehen hat, wie zerfetzte Teile von Kindern aus den Ruinen der von Israel zerbombten Häuser geborgen und in Tüten gesammelt werden, weil mehr als diese Stücke nicht geblieben sind. Und dass die Rolle des empörten guten Menschen inzwischen eine einfache, aber unüberwindliche Voraussetzung hat: den Völkermord im Gazastreifen einen Völkermord nennen.

Die Vorwürfe, die sie gegen Russland erheben will, Butscha, die "Deportation" von Kindern, der Beschuss eines Kinderkrankenhauses in Kiew, würden, auch wenn sie wahr wären (und sie sind alle widerlegbar), vor den Gräueln im Gazastreifen verblassen, wo selbst ein in Grund und Boden gebombtes Kinderkrankenhaus nur noch eine Zahl auf einer langen Liste ist. Man würde von einer Außenministerin erwarten, dass diese zumindest soweit bewusst ist, dass eine unmittelbare Kollision vermieden wird. Aber sie ist nicht geschickt. Sie hat nicht einmal bemerkt, wie sich der Boden unter ihren Füßen bewegt hat. Es wäre theoretisch möglich, das klassische

Argumentationsmuster würde lauten: Auch wenn es schlimmere Untaten gibt, mit denen wir uns befassen müssen, sollten wir nicht vergessen ... es fehlt ihr die Reife und die nötige Bewusstheit, oder vielleicht auch der Mut, sich durch das Eingeständnis dieser anderen Wirklichkeit den Raum für ihre Erzählung zu verschaffen.

Der zweite dieser Momente ist ein Versuch, den russischen Botschafter anzugreifen. Dabei geht es um einen Tweet des stellvertretenden russischen UN-Botschafters Dmitri Poljanski zur Entscheidung der Vollversammlung am Sonntag:

"Unglücklicherweise gibt es nichts zu feiern wegen der Annahme des Pakts für die Zukunft heute durch die UN. Die UN haben ihre eigenen Prinzipien mit Füßen getreten, um einer Gruppe von Delegationen aus dem "schönen Garten" zu gefallen, die von vornherein die Verhandlungen usurpiert hat. Und die Mehrheit aus dem "Dschungel" hatte wie eine simple Herde einfach nicht das Rückgrat, zu protestieren und für ihre Rechte einzutreten. Und sie werden diejenigen sein, die die Konsequenzen tragen. Das Ergebnis war, dass es keinen inklusiven Verhandlungsprozess im normalen Sinn dieses Wortes gab. Der neue Präsident der Vollversammlung versuchte, die Lage zu retten, aber es war zu spät."

"Dieser Pakt ist unausgewogen und enthält sehr gefährliche Vorgaben, die nach hinten losgehen werden und den Multilateralismus und die zwischenstaatliche Natur der UN untergraben, die von der UN-Charta aufrechterhalten wird. Er ist ein enormer Schlag für die Organisation als Ganzes."

Baerbock, die es offenkundig nicht besser weiß und der es auch niemand gesagt hat (oder die es vielleicht gesagt bekam, aber nicht zuhören wollte), versucht, diesen Kommentar gegen Russland zu wenden:

"Ihre Wahrheit ist, dass die Mehrheit aus dem "Dschungel" nicht imstande war, die richtige Entscheidung zu treffen. So redet Putins Russland heute über andere Länder: Der Dschungel. So reden sie über die Ukraine. Eine Schönheit, die vergewaltigt werden muss."

Sie weiß nicht, dass "Garten" und "Dschungel" ein Zitat sind. Und das, obwohl der Urheber dieser kolonialistischen Metapher, Josep Borrell, ihr unmittelbarer Vorredner in ebendieser Sitzung war. Sie weiß nicht, dass sein damaliger Satz, die EU sei der Garten und der Rest der Welt der Dschungel, für die Länder des Globalen Südens zum geflügelten Wort geworden ist, und der "Dschungel" dabei Russland notwendigerweise mit einbezieht. Der abschätzige Blick, den sie, ausnahmsweise einmal zutreffend, dieser Formulierung entnimmt, nicht der Blick Russlands und seines stellvertretenden UN-Botschafters ist, sondern jener der EU und ihres außenpolitischen Sprechers, für den der Westen der "schöne Garten" war, den der wuchernde Dschungel bedroht.

Wobei auch die selbst zutiefst rassistische Bemerkung, die Ukraine sei "eine Schönheit, die vergewaltigt werden muss", bei mir noch zwei Assoziationen hervorrief – die Zeitungsmeldung, dass mehr als die Hälfte der Prostituierten in Berliner Bordellen inzwischen Ukrainerinnen seien, und die Auseinandersetzungen in Israel, bei denen allen Ernstes darum gestritten wurde, dass israelische Soldaten das Recht haben sollten, palästinensische Gefangene zu vergewaltigen. Die Zeitungsmeldung ist vielleicht nur in Deutschland bekannt und auch das nur bei manchen. Aber die Vergewaltigungsgeschichte aus Israel, die kennt man auf der ganzen Welt.

Es kommt einem fast so vor, als handele es sich bei allem, was sie sagt, um Seiten aus einem Drehbuch, das seit Jahren fertig in der Schublade lag. Als hätte sie alles vorab so mühsam einstudiert, dass gar keine Möglichkeit mehr besteht, Text und Spiel an die veränderte Wirklichkeit anzupassen. So stolpert sie von Falle zu Falle.

Die ukrainische Stromversorgung ist zerstört?

"Kein Zufall, sondern weil der Winter wiederkommt. Minus 15 Grad bedeutet, dass der Strom nicht arbeitet, die Heizung nicht arbeitet, und das Wasser gefroren wird. Das ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit".

Und wieder und immer wieder läuft im Kopf dieser andere Film dabei, aus Gaza. Putin habe ein Kinderkrankenhaus in Kiew bombardiert.

"Und darum glauben wir, wir müssen weitere Luftabwehr schicken, um Kinderkrankenhäuser zu schützen."

Ist es nur mein inneres Auge, vor dem dann ein deutsches Luftabwehrsystem neben einem palästinensischen Krankenhaus zu stehen kommt, oder wenigstens ein libanesisches schützt? Ist es nicht. Das ganze Publikum hat sich verändert – weltweit.

Diese Heuchelei, die rund um den Begriff eines "gerechten und andauernden Frieden" aufgebaut wird, um diesen "Friedensplan" des Herrn Selenskij, der eine russische Kapitulation verlangt, noch mitten in der eigenen Niederlage. Auch wenn Selenskij eine zynische und lächerliche Gestalt ist, bei der man sich beständig fragt, wie er denn die Schuld, den Tod so vieler Menschen auf dem Gewissen zu haben, in seinem kurzen Körper unterbringt, bleibt bei ihm dennoch ein Hauch von Tragik.

Baerbock, die vor nicht einmal drei Jahren mit der Attitüde antrat, als Weltstar in die Geschichtsbücher einzugehen, die mit der entsprechenden Vermessenheit weder Kleiderordnungen noch diplomatische Zurückhaltung für erforderlich hielt und meinte, die Mischung aus deutscher Wirtschaftskraft und grüner Selbstsicherheit werde sie in die Höhen der internationalen Politik tragen, hat die besagte Wirtschaftskraft und den Status des Landes auf dem Weg nach unten überholt. Sie sieht böse, bitter und alt aus bei ihrer Rede. Fast, als hätte sie begriffen, dass sie nur noch die abgelegte Mätresse der Vereinigten Staaten vertritt.

"Wir als europäische Nachbarn, wir als Deutsche, mein Land, was wir hier von unseren polnischen Freunden gehört haben, das verantwortlich war für das schlimmste Verbrechen auf dem europäischen Kontinent, die Glück haben, wieder in Frieden zu leben – meine Generation – wieder in Frieden zu leben, weil andere für uns da waren."

Dieses grammatikalisch-historische Durcheinander ist ihre Begründung, warum gerade Deutschland die Ukraine unterstützen müsse. Vielleicht versteht sie ja, was sie meint. Nur, dass sie den entscheidenden Punkt nicht erfasst, wenn sie denn meint, historische Gnade erinnern zu müssen: Dass es die Sowjetunion war, die diese Gnade übte. Die eine offene Rechnung über 1.100 zerstörte Städte, 70.000 zerstörte Dörfer gehen ließ, um einer friedlichen Zukunft willen. Um es von ihr, Baerbock, auf doppelte Weise gedankt zu bekommen, durch die stetigen Attacken gegen Russland, die Waffenlieferungen, und eben auch durch eine "Unterstützung" der Kiewer Ukraine, die eigentlich eine Vernichtung ist.

Es gibt einzelne Gestalten, bei denen man sich fragen kann, ob ihnen nicht gelegentlich als Gedankenblitz in den Sinn kommt, welche Schuld sie auf sich geladen haben. Wirtschaftsminister Habeck dürfte spätestens ab einem Alkoholpegel von einem Promille weinerlich werden und über sein schweres Schicksal klagen, es so gut zu meinen und doch so sehr versagt zu haben. Und dann könnte ab und zu ein unsicherer Blick über die Schulter erfolgen, wie nah denn der Schatten ist, der ihm folgt.

Baerbock, die Komödiantin? Ihre Rolle wie ihre Spielweise haben sich überlebt. Sie agiert wie eine Stummfilmstarstellerin in einem Tonfilm. Jede Bewegung, jede Mimik wirkt wie ein Zerrbild. Aber sie hat auch nicht das Zeug für eine Norma Desmond, zur Tragik fehlt ihr Authentizität wie Talent. Sie wird vielleicht ihre Memoiren schreiben lassen und eine Zeit lang von Großstadt zu Großstadt tingeln, um durch den vorgefertigten Text zu stolpern, und vielleicht lässt man sie irgendwo ein paar Schülerköpfe tätscheln. Nein, sie wird nicht einmal stürzen, das wird eher eine Art Schrumpfen oder Eintrocknen. Etwas Banales, wie man Staub aus einer Decke schüttelt.

Sie beschwerte sich, dass der russische Botschafter vor ihrem Auftritt gegangen sei. "Ich habe das mehrmals erlebt." Ja, verständlich, es gibt keinen Grund, sich diese Qual anzutun. Nicht einmal mehr die Fremdscham, die sie anfangs im Übermaß vermittelte, ist noch übrig. Ihre Auftritte sind nur noch Erinnerung an etwas, das vergangen ist. Sobald der akute Schmerz nachlässt, schwindet jede Bedeutung.

* * *

"Die Russen kommen": Europa bereitet sich auf den Selbstmord vor

<https://freedert.online/meinung/219948-russen-kommen-europa-bereitet-sich/>

21.09.2024

Die Europäische Union ist politisch angeschlagen und wirtschaftlich ausgelaugt. Maßgeblich dafür gesorgt haben die USA, die den noch vor 15 Jahren überlegenen Konkurrenten in blutige Abenteuer zogen, zuletzt in die immer offener ausgetragene Konfrontation mit Russland.

Von Elena Karajewa

Erstens: "Sofortige Aufhebung aller Beschränkungen für Kiew's Angriffe tief in Russland", wie fast zwei Drittel des Europäischen Parlaments forderten. Mit NATO-Raketen ... mit Raketeneinsatzplänen, die vom NATO-Kommando erstellt wurden ... Zweitens: Übergabe von 35 Milliarden Euro an Kiew, die aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten gestohlen wurden, wie es die Chefin der Europäischen Kommission vor Kurzem tat. Drittens: Bestellung von acht hochmodernen Luftabwehrsystemen (durch den zuständigen französischen Minister Lecornu) zur "Verteidigung der europäischen Grenzen". Und das Bild des kollektiven Selbstmordes wird in neuen Farben leuchten.

Die Europäische Union eskaliert ständig mit uns, auch wenn sie es vermutlich nicht immer versteht. Möglicherweise glaubt man in Brüssel, dass "Russen in Strohschuhen mit Sauerkraut im Bart" nicht in der Lage sind, zwei und zwei zusammenzuzählen und den Grad der Bedrohung für die Existenz unseres Staates zu erkennen. Und dies ist keine Frage, sondern eine Feststellung. Oder Brüssel denkt, dass wir so einen massiven Raubzug nach unserem Geld nicht merken. Und was den Erwerb von Luftabwehrsystemen angeht – glaubt man dort in diesem "Garten Eden" wirklich, dass Moskau nicht in der Lage ist, die möglichen Risiken eines militärischen Zusammenstoßes einzuschätzen? Und genau das ist hier die Frage.

Auf die letzte Entscheidung von Paris sollte man näher eingehen. Als sei es eine Postkarte an Macron und Co., sagte Wladimir Putin: "Russland hat die Produktion von sehr gefragten Waffen erhöht". Ihr macht dies, und wir machen das. Auch wenn es euch nicht gefällt, müsst ihr euch damit abfinden.

Was die 35 Milliarden betrifft, die uns mit dem Grinsen eines Hooligans entzogen wurden, so ist

dies ein offensichtlicher Schlag für die Glaubwürdigkeit der EU-Reservewährung, ein Schlag für den Ruf der Finanzinstitute und ein Alarmsignal für Investoren, die natürlich um ihr Euro-Kapital fürchten und es in andere Länder abziehen werden. Dorthin, wo die Sicherheit des Eigentums gewährleistet ist und wo man besser versteht, was Reputationsverluste sind, als die Leute in grauen Anzügen aus Brüssel.

Das Europäische Parlament, obwohl die einzige gewählte EU-Institution, verhielt sich im Stil einer Frau "mit geringer sozialer Verantwortung". Nun, erstens wird es in diesen Kreisen einfach als modisch angesehen, und zweitens ist es moralisch gerechtfertigt, Kiew zu unterstützen. Dabei genügt es, die Manipulationen dieser Abgeordneten-"Hütchenspieler" zu verfolgen, um alles über die Doppelmoral zu verstehen. Der starke Nationalismus in der Ukraine ist eine gute Sache, denn so bekommt man ein Anti-Russland.

Das ist nützlicher Nationalismus, der sich in Nazismus verwandelt, aber in der EU selbst ist und bleibt Nationalismus ein Schreckgespenst für die politisch korrekte Propaganda, denn für die Globalisten ist jedes Maß an Nationalismus eine offensichtliche Bedrohung für ihre Pläne zur Gewinnmaximierung aus dem "Planeten ohne Grenzen". Wenn man sagt, dass die EU in politischer, finanzieller und militärischer Hinsicht seit Langem ein Vasall von US-Konzernen und -Entscheidungssträgern ist – sei es der "tiefe Staat" oder ein Gastgeber im Weißen Haus –, dann kommt man zu einer Binsenweisheit, die heute jeder kennt.

Aber die Diskussion kann und muss unterstützt werden, denn die Grundlage der aktuellen amerikanischen blutigen geopolitischen Drehungen und Wendungen ist rein wirtschaftlicher Natur. Und die Wurzeln der aktuellen Krise in Kontinentaleuropa stammen nicht einmal aus dem Jahr 2014, sondern von viel früher – aus dem Jahr 2008. Damals wurden die USA von einer gewaltigen Krise getroffen. Zwar konnte sich Amerika aus der Krise befreien, verlor aber einen großen Teil seines "Gefieders". Die EU war zu diesem Zeitpunkt wirtschaftlich viel stärker. Das BIP der USA lag bei knapp über 14 Billionen US-Dollar, während das der EU bei über 16 Billionen US-Dollar lag. Diese Angaben stammen aus einem Bericht des Europäischen Rates für Außenpolitik von vor eineinhalb Jahren.

Die geopolitische Krise wurde von langer Hand vorbereitet

Ein solches sich nicht zugunsten Amerikas entwickelndes Machtgleichgewicht konnte von den transatlantischen Eliten nicht akzeptiert werden. So begannen die Vereinigten Staaten, den paneuropäischen Block langsam wie eine Riesenschlange zu erwürgen. Sie zogen ihn in das blutige Abenteuer zur Beseitigung von Gaddafi in Libyen hinein, dann in das nicht weniger blutige und sehr lang andauernde Abenteuer in Syrien. Und dann bekam Europa eine riesige Anzahl Migranten, Flüchtlinge und illegaler Einwanderer ab. Sie gingen nicht nach Amerika, sondern in den "Garten Eden". Und die USA mit ihrem Entscheid, dass die Wirtschaftskrise am besten durch eine Erhöhung der Investitionen in den militärisch-industriellen Komplex und in die Armee zu lösen ist, überholten ihre europäischen "Verbündeten" mit Leichtigkeit, da diese keine Finanzmittel für die Verteidigung hatten.

Nach der Zerstörung des wirtschaftlichen EU-Mechanismus war es an der Zeit, den paneuropäischen Block an die militärische Abhängigkeit zu gewöhnen. Und wenn Brüssel sich nicht einmal wehrte, konnte man jederzeit einen kleinen siegreichen Zollkrieg anzetteln, sodass der Verbündete sofort aufhörte zu kämpfen – nichts Persönliches, sondern reines Business.

Das Projekt einer geopolitischen Krise in Europa unter Einbeziehung der Ukraine wurde seit Langem vorbereitet. Die Europäer spielten dabei eine Nebenrolle, verkauften aber ihren sogenannten "europäischen Traum" für wenig Geld.

Gibt man dem Teufel einen Finger, so nimmt er die ganze Hand. Und sollte es nötig sein, die Europäer zur Schlachtbank zu führen, wird Amerika dies ohne mit der Wimper zu zucken tun.

Betrachtet man das Verhalten aller Europäer, so wird die Zeit bis zur Schlachtung – unter dem Gerede, dass "die Russen kommen" – immer knapper. Auch wenn es für sie noch nicht allzu offensichtlich ist. Sie geben sich Mühe, erwerben Luftabwehrsysteme, aber es wird ihnen nicht helfen.

Einem politisch erschöpften und wirtschaftlich angeschlagenen Europa lässt sein transatlantischer Verbündeter irgendwann keine andere Wahl mehr, als sich durch eine direkte militärische Konfrontation mit Russland umzubringen.

Auf einer Pressekonferenz im Februar 2022, als Wladimir Putin den französischen Staatschef Emmanuel Macron im Kreml empfing, wurde der russische Staatschef auf die Möglichkeit einer Konfrontation mit der NATO angesprochen. Er antwortete:

"Russland ist eine der führenden Nuklearmächte, und in einigen Komponenten, in Bezug auf die Modernität, sind wir vielen sogar voraus. Es wird keine Sieger geben. Und ihr werdet gegen euren Willen in diesen Konflikt hineingezogen werden."

All das ist entweder bereits eingetreten oder passiert derzeit. Brüssel sollte dies zur Kenntnis nehmen.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 21. September 2024 zuerst bei RIA Nowosti erschienen.

* * *

Hat die EU plötzlich erkannt, wie katastrophal ihre Wirtschaftslage ist?

<https://freedert.online/meinung/220145-hat-eu-ploetzlich-erkannt-wie/>

25.09.2024

Mario Draghis "Wettbewerbsfähigkeitsbericht" zeigt, dass die wirtschaftliche Lage der EU katastrophal ist... aber er scheut sich, den Schuldigen zu benennen. Vielleicht wäre ein langer, strenger Blick in den Spiegel für die EU-"Führung" angebracht?

Von Rachel Marsden

Die EU befindet sich in einer ausgewachsenen Existenzkrise. Irgendjemand hat ihre Wirtschaft gründlich vermurkst, und in einem neuen Bericht, der das Gemetzel skizziert, fällt auf, dass der Schuldige nicht erwähnt wird. Gibt es in Brüssel keine Spiegel?

Der ehemalige Präsident der Europäischen Zentralbank und italienische Ministerpräsident Mario Draghi hat nach einem Jahr Arbeit seinen neuen Bericht über die "wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit" veröffentlicht, dessen Erstellung im Auftrag der Europäischen Kommission unter der nicht gewählten "Königin" Ursula von der Leyen veranlasst wurde. Und es ist ein echter Hingucker, eines der großen Rätsel unserer Zeit.

Man blättert atemlos durch das 400-seitige Dokument auf der Suche nach einem Schuldigen, der für das von Draghi beschriebene massive wirtschaftliche Gemetzel verantwortlich ist. "Zum ersten Mal seit dem Kalten Krieg müssen wir wirklich um unsere Selbsterhaltung fürchten", sagte er vor

Journalisten in Brüssel. Wie wäre es, wenn wir damit beginnen würden, uns nicht aktiv selbst zu sabotieren?

Draghi sagte, dass der Euroraum dringend mit China und den USA mithalten müsse, es aber nicht geschafft habe. Vielleicht hat es etwas damit zu tun, dass die EU bereitwillig auf der Straße des Regimewechsels an der Seite von Onkel Sam mitgefahren ist, jetzt aber am Straßenrand Dreck aufwirbelt und ihren eigenen Weg gehen will.

"Jetzt haben sich die Bedingungen geändert", sagte Draghi. "Der Welthandel verlangsamt sich. China verlangsamt sich tatsächlich sehr stark, aber es ist uns gegenüber viel weniger offen geworden und konkurriert auf den globalen Märkten in jeder Hinsicht mit uns. Wir haben unseren Hauptlieferanten für billige Energie, Russland, verloren. Und jetzt müssen wir zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wieder für unsere Verteidigung aufkommen." Offensichtlich sind die Witzbolde, die Europa aus dem großen Zelt in Brüssel regieren, schockiert darüber, dass sie zum Opfer geworden sind. Wer könnte so etwas getan haben?

Man muss die Verwendung des Passivs hier einfach lieben. Sie haben ihre billige Energie aus Russland "verloren". Als wäre sie ihnen einfach aus der Tasche gefallen wie ein Satz Hausschlüssel auf dem Heimweg vom Einkaufen.

Wenn man Draghi zuhört, könnte man meinen, dass die EU die Strategie der "Abkopplung" ("decoupling") von China nicht wirklich übernommen hat, angestachelt von Washington, das Europa ganz für sich allein haben wollte, bevor die EU-Beamten es in "Risikominderung" ("de-risking") umtaufen, als sie erkannten, wie dumm es wäre, China als wichtigsten Handelspartner und Kunden des Blocks völlig zu entfremden.

Und jetzt, oh je, muss die EU wieder über ihre eigene Verteidigung nachdenken, sagte Draghi, anstatt sie nur zu benutzen, um ein paar natürliche Ressourcen aus all den Orten mit zufällig angesiedelten Terrorismusproblemen freizuschütteln.

Der Ukraine-Konflikt war eine ebenso bequeme Ausrede, um auf Kosten der Steuerzahler mehr Waffen für die eigene Verteidigung herzustellen, nachdem man den alten Schrott aus den Schränken geholt hatte. Das ist auch gut so, denn mehr Waffen zu produzieren ist derzeit die einzige wirklich einfache Lösung, um die Wirtschaft zu verbessern, wenn man sich die düstere Lage ansieht, die in diesem neuen Bericht beschrieben wird. Doch die EU kann nicht einmal das militärisch-industrielle Geschäft richtig machen.

Draghi hat darauf hingewiesen, dass die EU-Mitglieder im Grunde genommen Idioten sind, weil sie die meisten ihrer Waffen im Ausland kaufen, wobei fast zwei Drittel aus den USA stammen. Es ist ein großes Rätsel, warum Washington die Party in der Ukraine am Laufen halten will, wo es doch Geld damit verdient, die Waffenkäufe für die EU-Mitglieder unter dem Vorwand zu erhöhen, dass ihre frühere wichtigste wirtschaftliche Lebensader und ihr Energielieferant (Russland) plötzlich eine große Bedrohung für sie darstellt. Der Bonus: Europa wird auch bei teurerem Gas noch abhängiger von den USA.

Der ganze Bericht ist voller Perlen, wie dieser hier: "Wenn Europa nicht produktiver werden kann, werden wir gezwungen sein, uns zu entscheiden. Wir werden nicht in der Lage sein, gleichzeitig eine führende Rolle bei neuen Technologien, ein Leuchtturm der Klimaverantwortung und ein unabhängiger Akteur auf der Weltbühne zu werden. Wir werden nicht in der Lage sein, unser Sozialmodell zu finanzieren. Wir werden einige, wenn nicht alle unsere Ambitionen zurückschrauben müssen. Dies ist eine existenzielle Herausforderung..."

Draghi redet von all diesen großartigen Ambitionen, wie zum Beispiel neue Technologien anzuführen und eine Ikone in Sachen Klima und Soziales zu sein, während die europäischen Eliten das Volk anschreien, die Heizung und die Klimaanlage herunterzudrehen, um es Putin heimzuzahlen, und milde Winter bejubeln, als würden wir im finsternen Mittelalter leben. Draghi sagte auch, dass die EU weitere 800 Milliarden Euro benötigt, was etwa 4,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) des gesamten Blocks entspricht, nur um weltweit wettbewerbsfähig zu bleiben. Und diese Wettbewerbsfähigkeit kann nur dadurch erreicht werden, dass man alles, was man in den letzten zweieinhalb Jahren durch selbstverschuldeten Schwachsinn verbockt hat, um die Freundin Wladimir Selenskij (auch bekannt als Präsident der Ukraine) zu beeindrucken, gründlich zurückschraubt.

Draghi sagte auch, dass die Menge an Geld, die benötigt wird, um die EU wettbewerbsfähig zu machen, so gewaltig ist, dass private Investitionen einfach nicht ausreichen werden. Und Sie wissen ja, was das bedeutet. In diesem Zusammenhang, liebe EU-Steuerzahler, gibt es bei Amazon Frankreich gerade eine Tube Gleitgel für vier Euro zu kaufen.

Aber was ist, wenn sich die EU-Steuerzahler nicht daran halten wollen, weil sie genug davon haben, für all diese Fehler zu bezahlen, wie die jüngsten Wahlen in der EU zeigen, bei denen die Anti-Establishment-Parteien im Aufwind sind. Nun, hier ist Draghi mit einem Plädoyer. Einsatz der Geigen: "Warum kümmern wir uns so sehr um das Wachstum? Ja, wir müssen diese Bedürfnisse finanzieren, und diese Bedürfnisse sind wichtig, aber warum sind sie so wichtig? Nun, sie sind wichtig, weil sie mit unseren Grundwerten, Wohlstand, Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie in einer nachhaltigen Welt zu tun haben. Und die EU existiert, um den Europäern zu garantieren, dass sie tatsächlich von diesen Grundrechten profitieren können. Und wenn Europa seinen Bürgern diese Rechte nicht mehr bieten kann, dann hat es seine Daseinsberechtigung verloren."

Okay, legt das Gleitmittel auf Eis, Leute – er versucht es mit Verführung. Königin Ursula wird sicher bald auftauchen, um den "bösen Bullen" zu spielen.

Im Grunde genommen hat das EU-Expertengremium einen Haufen Geld verpulvert und die Wirtschaft "für die Ukraine" dereguliert, aber jetzt müssen die Europäer damit einverstanden sein, noch mehr Geld auszuhändigen, denn es ist ja nur zu ihrem Besten. Dieses Mal wird es klappen, versprochen. Genauso wie mit dem Ex, den man einmal zu oft in sein Leben zurückkriechen ließ.

Währenddessen spricht von der Leyen von der Notwendigkeit wirtschaftlicher Versorgungssicherheit und Draghi sagt, dass die EU mehr Freunde brauche. Vorzugsweise solche, die über eine Menge Ressourcen verfügen, mit denen sie sich anfreunden kann. Und er sagt auch, dass einige Länder bereits versuchen, dies auf eigene Faust zu tun, aber es wäre besser, wenn die EU die Verantwortung dafür übernehmen würde. Draghi fügte hinzu, dass der Block "unter unserer Macht" stehe.

Wenn man sich die jüngste Politik und Leistung der EU anschaut, hat sie sich eher selbst ins Knie geschossen, und zwar immer wieder.

Übersetzt aus dem Englischen.

Rachel Marsden ist Journalistin und politische Expertin in internationaler Politik. Sie ist Produzentin und Moderatorin verschiedener TV- und Radioproduktionen. Ihre Webseite heißt rachelmarsden.com.

* * *

NATO an die Front – Rainer Rupp über Selenskij's "Siegesplan" (Teil I)

<https://freedert.online/international/219659-nato-an-front-rainer-rupp/>

21.09.2024

Das Militär des ukrainische Machthabers Selenskij steht kurz vor dem Zusammenbruch. Sein von langjährigem Drogenkonsum vernebeltes Gehirn sieht die Rettung nur noch in einer direkten Kriegsbeteiligung der NATO. Bei Russenhassern in Washington und London trifft er auf offene Ohren – andere schrecken vor den Konsequenzen zurück.

Von Rainer Rupp

In der Ukraine bröckelt entlang der gesamten tausend Kilometer langen Front die Kampfkraft der Truppen des Ex-Präsidenten und illegalen Machthabers Selenskij, dessen Amtszeit im vergangenen März abgelaufen ist. Seither hat er illegal die Macht usurpiert und bereits wiederholt die finanziell sehr lukrativen Ministerposten seiner illegalen Regierung mit willfährigen kriminellen Kollegen besetzt. Jetzt scheint der zweitklassige professionelle Schauspieler Selenskij jedoch zu merken, dass das Ende seiner Präsidentenrolle immer schneller näher rückt, wenn es ihm nicht gelingt, die US/NATO aktiver und direkter in den Krieg gegen Russland einzubinden.

Julian Röpcke von *Bild* titelte dieser Tage treffend: "Selenskij's Schicksalsrede in Kiew: Die Ukraine hat nur noch eine Chance!", und das sei sein "Siegesplan", der jetzt die Wende bringen soll. Den will der NATO-Knecht Selenskij im Rahmen einer ausgedehnten Tour in die USA und andere NATO-Länder seinen "Verbündeten" verkaufen. Als Beweis ihrer vielfach beschworenen, grenzenlosen Solidarität mit der Ukraine will er die NATO-Eliten mit seinem "BIG Plan" zum kollektiven politischen, aber möglicherweise auch physischen Selbstmord einladen.

Denn Selenskij's neuer "Siegesplan" ist nicht weniger absurd als zuvor sein 10-Punkte-Friedensplan. Der hatte neben Russlands Kapitulation auch dessen kompletten Rückzug aus dem Donbass und der Krim und auch die Zahlung von Reparationen an die Ukraine gefordert. Anfang des Jahres, während der Realsatire in Form der "Internationalen Friedenskonferenz" in der Schweiz, war er von US/NATO und ihren anhängigen Unterstützern in Abwesenheit Russlands mit viel Medien-Tamtam beworben worden.

Hier ist nun Selenskij's neuer 3-Punkte Siegesplan:

1. Selenskij will US-amerikanische oder britische, französische und deutsche Langstreckenraketen, um tief im Raum des europäischen Teils von Russland Kommando- und Kommunikations- und Aufklärungszentren, Militärstützpunkte, Flugplätze, Munitions- und Treibstoffdepots und andere wichtige Infrastruktur zu zerstören.
2. Er verlangt vom Westen (USA/NATO), dass NATO Luftabwehrsysteme von polnischem und rumänischem Staatsgebiet aus russische Vergeltungsschläge gegen die die Westukraine abwehren, damit die Ukraine ihre eigenen Luftabwehrsysteme näher an die Front verlegen kann.
3. Er verlangt zudem vom Westen die Garantie, dass der sich vor Ort in der Ukraine noch stärker militärisch engagiert, indem er z. B. Bodentruppen in bestimmte Teile der Ukraine schickt, um ukrainische Soldaten freizusetzen, die dann an die Front geschickt werden könnten.

Selenskij hat sich jüngst auf dem großspurig als "Yalta European Security Conference" bezeichneten Treffen in Kiew überzeugt gezeigt, dass Russland nach dieser Kampagne zum Rückzug gezwungen wäre, und dass Putins Regierung dadurch destabilisiert und ersetzt würde, wobei dann eine neue, freundliche Führung im Kreml ein NATO-genehmes "Friedensabkommen"

mit der Ukraine/unterzeichnen würde.

Dass Selenskijs "Siegesplan" einer US/NATO-Kriegserklärung an Russland gleichkommt, hat jetzt der ehemalige Stabsdirektor des Nahost-Unterausschusses des US-Senats und spätere stellvertretende US-Verteidigungsminister für Politik, Stephen Bryen, der asiatischen Leserschaft in einem Artikel der in der ganzen Groß-Region gelesenen *Asia Times* erklärt. Am 14. September 2024 schrieb er unter dem Titel "Biden, NATO effectively declaring war on Russia" (Biden und NATO erklären Russland tatsächlich den Krieg). Im Text heißt es dann:

"Es gibt keine andere Möglichkeit, das zu interpretieren: Washington und seine NATO-Verbündeten erklären Russland den Krieg. Das ist die direkte Bedeutung des bevorstehenden Besuchs des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij in Washington, bei dem man sich auf Ziele innerhalb Russlands einigen wird."

"Zu sagen, dies sei ein wahnsinniger, rücksichtsloser Schritt, wäre eine Untertreibung. Dies ist der gefährlichste Schritt, den die USA und die NATO unternehmen können – und er wird höchstwahrscheinlich zum Dritten Weltkrieg führen."

"Glauben Sie nicht an irgendeine Rhetorik, die den Einsatz von Langstreckenraketen gegen Russland "rechtfertigt". Putin hat persönlich darauf hingewiesen, dass die Ukraine lediglich ihr Territorium für die Aufstellung der Raketen bereitstellt, sie aber von NATO-Personal abgefeuert werden, die zuvor die Zielkoordinaten von US-Satelliten, die das russische Territorium überwachen, in die Raketen eingespeist haben."

Hier wird klar dargestellt, wie eng die US/NATO in den militärischen Operationen der Ukraine involviert ist, was die Situation besonders gefährlich macht. Mit dieser Analyse befindet sich Bryen auf einer Linie mit vielen anderen westlichen Kritikern, u. a. dem ehemaligen höchsten Bundeswehrgeneral Kujat. Was hier passiert, ist ein Lotteriespiel mit dem Atomkrieg, geführt von kriegsgeilen, aber unerfahrenen und/oder strohdummen Russlandhassern, die angeblich im Auftrag des senilen Präsidenten Biden in Washington das Staatsschiff USA lenken, faktisch aber im Weißen Haus die Macht an sich gerissen haben.

Die meisten Menschen im Westen, vor allem in Deutschland, glauben leider immer noch die Narrative, welche die Staatsmedien und die Konzernpresse mehr oder weniger gleichlautend im ganzen Westen verbreiten, dass man die Warnungen aus dem Kreml auch diesmal nicht ernst zu nehmen bräuchte. Die russische Aufregung sei nur gespielt, um die westlichen Politiker, die angeblich eine übertriebene Angst vor einem großen Krieg mit Russland haben, einzuschüchtern.

Tatsächlich ginge es Russland nur darum, mit dieser Angstmache die US/NATO daran zu hindern, wichtige Ziele in der Tiefe des russischen Raums zu zerstören. Schließlich habe die Ukraine schon zuvor mit ihren selbst hergerichteten Langstreckenraketen Ziele Hunderte Kilometer von der ukrainischen Grenze entfernt angegriffen und zerstört, und Russland habe so gut wie nicht reagiert.

Aber Putin hat in einer sehr ernst zu nehmenden Erklärung auf den Unterschied zwischen den relativ einfachen Drohnenangriffen der Ukraine tief in Russlands Territorium, die von Kiew eigenständig durchgeführt werden können, und den Punkt-genauen Langstreckenangriffen mit fortschrittlichen Raketenwaffen aufmerksam gemacht. Letztere erfordern direkte Integration des westlichen Militärs und letztlich auch die westliche Teilnahme an den Angriffen. Viele dieser Systeme, wie z. B. die britische Storm-Shadow-Rakete, benötigen nämlich das direkte Eingreifen des Herstellerlandes, um die Koordinaten zu programmieren.

Ein Beispiel dafür ist die Weigerung Deutschlands, Taurus-Raketen zu liefern, da deutsche

Techniker vor Ort die Zielkoordinaten programmieren müssten, was ihre direkte Teilnahme am Krieg bedeuten würde.

Für diejenigen, die es immer noch nicht verstanden haben: Wenn die Ukraine ihre einfachen Drohnen nach Moskau schickt, kann sie die Koordinaten über Google Maps oder andere frei verfügbare Datenbanken erhalten, ohne dass eine westliche Beteiligung notwendig ist. Aber fortschrittliche Raketen- und Waffensysteme werden in der Regel von speziell entwickelter, streng geheimer Software gesteuert, die spezielle Schlüssel und Programme erfordert, um die Koordinaten einzugeben. Die Ukrainer können dies nicht selbst tun, da die Herausgabe solcher digitalen Schlüssel das gesamte System der NATO-Staaten im Falle zukünftiger Konflikte kompromittieren könnte.

Für diejenigen, die es interessiert, hier nochmals die vollständige Erklärung Putins zum Thema der angeblichen westlichen "Erlaubnis" der USA und Großbritanniens zu Angriffen auf das Territorium der Russischen Föderation mit westlichen Langstreckenraketen:

"Es gibt einen Versuch (des Westens), Begriffe zu vertauschen. Denn es geht nicht darum, dem Kiewer Regime zu erlauben oder zu verbieten, russisches Territorium anzugreifen. Die Ukraine schlägt bereits mithilfe von unbemannten Flugzeugen und anderen Mitteln zu. Aber wenn es darum geht, hochpräzise Langstreckenwaffen aus westlicher Produktion einzusetzen, sieht die Sache schon ganz anders aus. Tatsache ist, dass die ukrainische Armee, wie ich bereits sagte, und jeder Experte wird dies bestätigen (sowohl hier als auch im Westen), nicht in der Lage ist, mit modernen hochpräzisen Langstreckenwaffen aus westlicher Produktion zuzuschlagen. Sie kann das nicht tun. Das ist nur mithilfe von Satellitendaten möglich, über die die Ukraine nicht verfügt – das sind Daten, die nur von Satelliten entweder der Europäischen Union oder der Vereinigten Staaten, im Allgemeinen von NATO-Satelliten, stammen. Das ist der erste Punkt."

"Der zweite und sehr wichtige, vielleicht entscheidende Punkt ist, dass Flugmissionen zu diesen Raketensystemen eigentlich nur von Militärpersonal der NATO-Länder durchgeführt werden können. Ukrainische Militärangehörige können das nicht. Es geht also nicht darum, dem ukrainischen Regime zu erlauben, Russland mit diesen Waffen anzugreifen oder es nicht zu erlauben. Es geht um die Entscheidung, ob die NATO-Länder direkt in einen militärischen Konflikt verwickelt sind oder nicht."

"Wenn diese Entscheidung getroffen wird, bedeutet das nichts anderes als die direkte Beteiligung der NATO-Länder, der Vereinigten Staaten und der europäischen Länder am Krieg in der Ukraine. Das ist ihre direkte Beteiligung. Und das verändert natürlich das Wesen, die Natur des Konflikts erheblich. Das bedeutet, dass sich die NATO-Länder, die Vereinigten Staaten und die europäischen Länder im Krieg mit Russland befinden. Und wenn das der Fall ist, dann werden wir angesichts der Veränderung des Wesens dieses Konflikts angemessene Entscheidungen auf der Grundlage der Bedrohungen treffen, die für uns entstehen werden."

In Teil II werden die Optionen und möglichen Reaktionen Russlands auf eine direkte Kriegsteilnahme der USA und anderer NATO-Länder in der Ukraine diskutiert.

* * *

Diese Auswahl von Texten, die *RT DE* im September 2024 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf *RT DE* keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2024. Alle Rechte vorbehalten.